

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **319 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Von Paul Kampffmeyer-München.

Nachdruck untersagt.

III. Der Sozialismus und die „Naturgesetze“.

Die Begründung eines allgemeinen Wohlstandes! Ja, zermalmen dieses Ideal fertiger, begeisterter Menschheitsbeglückter nicht von vornherein die ewigen, ehernen Naturgesetze? Die Reichtumsquellen öffnen sich für einen Augenblick allen gesellschaftlichen Gruppen, und die zeugungsfreudige Menschheit ruft eine wimmelnde Bevölkerung ins Leben, so zahlreich, wie der Sand am Meere. „Ach!“ ruft Malthus in seiner Abhandlung über das Bevölkerungsgezet aus, „was wird aus dem Wilde, wo die Menschen mitten im Überfluß leben, wo niemand genötigt war, mit Angst und Pein für seine rastlosen Bedürfnisse zu sorgen, wo das engherzige Prinzip der Selbstsucht nicht existierte, wo die Seele, von der beständigen Beforgnis um das leibliche Wohl erlöst, ungehemmt im Reiche des Gedankens umherzweifen konnte, welches ihr gemäß ist? Dieses schöne Phantastengebilde zerfließt unter der rauhen Berührung der Wahrheit. Der Geist der Wildtätigkeit, durch den Überfluß genährt und geträufelt, wird durch den kalten Hauch der Not zurückgedrängt. Die haßenswerten Leidenschaften, die verschwunden waren, erscheinen wieder. Das mächtige Gesetz der Selbsterhaltung vertreibt alle weichen und erhabenen Seelenregungen. Die Versuchungen zum Bösen sind zu stark, als daß die menschliche Natur widerstehen könnte. Das Korn wird ausgerissen, ehe es reif ist, oder in ungleichen Anteilen heinlich beiseite geschafft, und das ganze bunfle Gefolge von Lastern, die der Lüge angehören, wird unverzüglich ins Leben gerufen. Es fliehen nicht länger Lebensmittel herbei zum Unterhalt einer Mutter mit großer Familie; die Kinder werden kränklich infolge ungenügender Nahrung, der rofige Schimmer der Gesundheit weicht vor den blassen Wangen und den hohlen Augen der Not.“

Und diese leidenschaftliche pfäffische Predigt des Malthus ist bezeichnenderweise gegen einen Mann gerichtet, dessen Namen in der Geschichte des Sozialismus hell leuchtet, gegen Godwin. Als ein Naturgesetz bezeichnet Malthus die Tendenz der Bevölkerung, über das Maß der Nahrungsmittel, das sie produziert oder erwerben kann, hinauszuwachsen. Not und Elend wird somit ein notwendiges Produkt eines unverrückbaren Naturgesetzes, und nicht das Resultat abänderlicher sozialer Gesetze der Verteilung der Substanzmittel. Den Einfluß sozialökonomischer Wachverhältnisse auf diese Verteilung schaltet Malthus völlig aus.

Malthus hält irtümlicherweise die sich in fruchtbaren Zeugungsakten ungebunden auslebende Liebesleidenschaft für konstant. In den Zeiten, wo Malthus seine berühmte Abhandlung über das Bevölkerungsgezet gegen alle Weltverbesserer vom Schläge der Godwin und Owen schrieb, fehlte dem Zeugungstrieb in der Tat das Moment bewußter Regelung. Malthus konnte noch den Satz unterstreichen, daß die Fruchtbarkeit der Ehe keinen großen Veränderungen unterworfen sei.

Und einige Menschenalter nach Malthus spielt das Gespenst der Entvölkerung schon bei allen Kulturnationen herum. Ganz verzweifelt stehen die französischen Sozialpolitiker dem Problem der sinkenden Fruchtbarkeit der Ehen Frankreichs gegenüber. Die Bewohner Neuenglands hörten auf, ein kinderreicher Stamm zu sein. Angesichts der bedenklichen planmäßigen Einschränkung der Volksvermehrung sprach der Präsident Roosevelt bereits von dem Nichtheiraten als von einem Verbrechen gegen die Rasse.

Die sinkende Nachkommenschaft der auf höherer materieller und geistiger Kulturstufe stehenden Gesellschaftsklassen und einiger hoch zivilisierter Nationen veranlaßt Dr. Schallmeyer zu der Formulierung des folgenden Gesetzes: „Je höher der Wohlstand und die durchschnittliche Bildung einer Gesellschaftsklasse, je höher die materielle und geistige Kultur einer Nation, desto geringer ihre Fortpflanzung.“ Gegen dieses sogenannte Gesetz vertritt jedoch sehr augenfällig die kulturell hochstehende, sich stark fortpflanzende chinesisch-japanische Rasse. Es ist bisher über die natürliche Degeneration der gebildeten Klassen, über die Entwicklung der städtischen Kultur und Intelligenz auf die Lebensenergie und Fortpflanzungsfähigkeit kein zweifelsfreies, die Degenerationsfrage lösendes Material zusammengetragen worden. Die mangelnde Fortpflanzungsfähigkeit oder — besser und exakter ausgedrückt — die mangelnde Fortpflanzungslust der oberen Klassen kann vielleicht selbst als eine notwendige Erscheinung der Klassenkultur gedeutet werden. Die Angehörigen dieser Klassen suchen sich durch Einschränkung ihrer Nachkommenschaft ihre bevorzugte soziale Stellung zu erhalten respektive zu erweitern. Jedenfalls beweisen die sich häufenden sehr ernstlichen Betrachtungen der Sozialpolitiker über die Abnahme der Geburten in den höheren Klassen und bei einigen Kulturnationen klar und überzeugend, daß Malthus sehr in die Tere ging mit seiner Annahme eines gleichbleibenden, mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturkraft wirkenden Fortpflanzungsdrives.

Die Natur mit ihren eigenartigen Gesetzen wird immer und immer wieder zur Widerlegung der „sozialistischen Utopien“ und zu recht mißglückten Staatsreittungsversuchen mißbraucht. Man beruft sich auf die Natur, die nicht zwei völlig übereinstimmende Mächten schuf, um die sogenannte sozialistische Lehre von der

Gleichheit aller Menschen in Grund und Boden zu stampfen. Aber welcher Sozialist von führender Stellung in der Ideenwelt des Sozialismus hat es in dem letzten halben Jahrhundert noch irgendwie gewagt, die Fiktion von der Gleichheit aller Menschen noch aufrecht zu halten? Merkwürdigerweise will Professor Schmoller diese Gleichheitslehre bei Lassalle und Marx gefunden haben. Alle Menschen, so lehren diese Sozialisten nach Schmoller, sind von Natur gleich, und nur die sozialen Einrichtungen haben die Ungleichheiten geschaffen. Wie heftig stürmt gerade der treue Freund und Kampfgenosse von Marx, Friedrich Engels, in seinem Anti-Dühring gegen den trivialen Gedanken von der Gleichheit der Menschen an! Nach ihm ist die Vorstellung, daß die Menschen völlig gleich seien, nicht nur kein Axiom, sondern eine starke Übertreibung. Die proletarisch-sozialistische Gleichheitsforderung, insofern sie eine wirklich historische Berechtigung hat, ist ihrem Inhalt nach nicht die Forderung einer allgemeinen Nivellierung tiefgehender individueller Unterschiede, sondern die Forderung der Abschaffung der geschichtlich entstandenen Klassen.

Im Hinweis auf die Natur und ihre ehernen Gesetze ereifern sich kurzschichtige Darwinisten für die Notwendigkeit und Ewigkeit eines rücksichtslosen Kampfes ums Dasein. Sie setzen der Natur Raubtierzähne ein und bewaffnen sie mit Krallen. Sie bestialisieren die Natur und drücken ihr das Kampfszeichen des Wortes ab die Sterne. Aber selbst wenn tierische Lebewesen durch ein Blutmeer waten, müssen dann die Geschöpfe einer vieltausendjährigen Kultur noch mordblisterne Kannibalen sein? Ist denn diese Menschenkultur mit ihren Weltindustrien und ihren Weltstaatenbildungen, mit ihrer enormen Beherrschung der Natur noch ein Stück unverfälschten Tier- und Pflanzenlebens? Steden wir noch in Bärenfellen? Können wir unsere Mitmenschen noch ungestraft deshalb totschlagen, weil sie nicht zu dem gleichen Sippen- oder Stammverband wie wir gehören?

Aber Menschen mit der Phantasie von Henkern und Schweine-mehrgern haben die Natur in ein waffenmüderisches Scheusal verwandelt. Aus der Natur steigt wahrlich nicht überall ein dampfender Blutbunf auf. Es ist ferner nicht wahr, daß sich die Pflanzen- und Tierwelt nur durch einen grausamen Kampf ums Dasein zu höheren Arten und Formen emporgearbeitet, nein emporgemordet hat. Die fanatischen Darwinianer befanden sich auf einem in finsternes Dichticht führenden Holzweg, als sie den Kampf ums Dasein als die eigentliche den Aufstieg der Tier- und Menschenwelt emporsührende Grundkraft ausposaunten.

Unter den Tieren der gleichen Art wütet für gewöhnlich kein fürchtbares Massaker. Reifeindrücke von überwältigender Stärke befechtigen in dem Kopfe Peter Kropotkins folgende Grundvorstellungen: Der Kampf der meisten Tierarten gegen eine rauhe Natur ist von außerordentlicher Härte, er ist dagegen zwischen den Tieren der gleichen Art nur sehr milde, die gegenseitige Hilfe ist bei den Tieren der gleichen Art von grundlegenden Bedeutung für die Erhaltung und Fortentwicklung der Spezies.

Schon im Jahre 1880 räumte der Zoologe Reffler auf einem russischen Naturforscherkongreß dem Gesetz der gegenseitigen Hilfe den Vorrang vor dem Gesetz des gegenseitigen Kampfes ein. Kropotkin verfolgte diesen Gedanken weiter. In seinem Werte: „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung“ schilderte er dann mit dichterischer Kraft die gemeinsamen Wanderungen, die Brutgenossenschaften, die Herdgesellschaften der Vögel, die Jagdvereinigungen von Wölfen und Löwen, die Gesellschaften der Nagetiere und Wiederkäuer. Von elementarer Kraft erwies sich die Stärke des gegenseitigen Hilfstriebs bei primitiven Völkernschaften bei der Bildung der Sippenverbände, der Stämme, der Stämme. Unablässig strebte der Trieb der gegenseitigen Hilfsbetätigung höheren Formen zu. In stolzer Kraftentwicklung repräsentierten sich die Stämme in Mittelalter. Der hilfebetriebe Gemeinheitsdrang betätigte sich in einer reichen Blüte von Genossenschaftsformen, von Markgenossenschaften, von Zunftverbänden, von Städtebündnissen.

Auf der von uns erreichten Kulturstufe lebte und webte das Prinzip der gegenseitigen Hilfe in den Arbeiterverbänden, den Gewerkschaften, den Genossenschaften etc. Und Peter Kropotkin darf sein Werk daher mit dem Gedanken schließen: „In dem ethischen Fortschritt des Menschen hat der gegenseitige Verband — nicht gegenständlicher Kampf — den Hauptanteil gehabt. In seiner umfassenden Bestätigung — auch in unserer Zeit — erblicken wir die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechtes.“

Nach seinem Bilde malt der Mensch nicht nur die Götter, sondern auch die Natur. Den rauhen, rücksichtslosen Charakter jenes Zeitalters drängt er der ewigen Natur auf. Seinen nach Blut riechenden Obern bläst er ihr ein. Und nachdem er ihr den Geist eines Menschenreflexes eingehaucht hat, mißbraucht er sie, um das mit superlunger Kritik zu vernichten, was bereits in sich die Keime einer höheren intellektuellen und ethischen Kultur enthält.

Die Unfallversicherung in den Berichten der deutschen Arbeitersekretariate für 1905.

R. W. In den letzten Jahren sind selten Einzelheiten aus den Berichten der deutschen Arbeitersekretariate, weder in der gewerkschaftlichen, noch in der politischen Presse, wiedergegeben worden. Mit der steigenden Zahl der Arbeitersekretariate ist es ja für die vielbeschäftigten Redakteure schwer, die alljährlich erscheinenden Berichte so durchzuarbeiten, wie sie es eigentlich verdienen, und dazu gibt auch die Generalkommission alljährlich die zusammenfassende Statistik über Frequenz und Art der Auskunftsverteilung der Sekretariate wieder, die des reichen, ganz besonders für den Sozialpolitiker inter-

essanten Zahlenmaterials wegen von der Arbeiterpresse Deutschlands gebracht wird. Solange erst wenige Jahresberichte erschienen, konnten auch Einzelheiten aus ihnen in der Presse besprochen werden, jetzt ist dies, wie gesagt, bei den Duzenden von Berichten schwieriger und deshalb auch nur vereinzelt geschehen. Und doch verdienen sie einem weiteren Leserkreise zugänglich gemacht zu werden. Die aus dem Leben gegriffenen und manchmal geradezu erschütternd wirkenden Tatsachen, die da mitgeteilt sind, zeigen uns das Arbeiterleben von seinen verschiedensten Seiten, und bei der lebendigen Gestaltungskraft, mit der sie geschildert sind, sieht man die beteiligten Personen in geradezu greifbarer Nähe. Das gilt ganz besonders von den die Sozialgesetzgebung behandelnden Abschnitten, aus denen wir im Nachstehenden die die Unfallversicherung betreffenden zum Gegenstand kurzer Auszüge machen wollen. Wir folgen dabei den Berichten in der Reihenfolge, in der sie erschienen sind.

Seit dem Bestehen der Unfallversicherung werden die Klagen laut über die so wenig den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragende Schätzung der durch Unfallsfolgen bewirkten Erwerbsbeschränkung. In allen Berichten kehren sie noch immer wieder und der Haller Bericht bietet eine schöne Illustration einer solchen Schätzung. Der Haller Professor Dr. Lefzer begutachtete, daß die durch den Verlust des rechten Oberarmes bewirkte Erwerbsbeschränkung auf 35 bis 40 Prozent zu veranschlagen sei. Dabei hat sich in der Praxis der Rechtsprechung für eine so schwere körperliche Beeinträchtigung ein Rentensatz von etwa 66 bis 75 Prozent als üblich ergeben. In dem von Halle berichteten Falle zeigte denn auch die Berufsgenossenschaft ein größeres Verständnis als der Herr Professor und bewilligte 66% Prozent, lieferte dem Verletzten auch noch ein künstliches Bein und einen Stelzfuß. Interessant ist die in diesem Bericht wiederergebene Bemerkung des Sektionsvorstandes einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft:

„Wir empfehlen Ihnen, sich in Zukunft bei etwaigen Eingaben direkt an uns zu wenden, sich also nicht erst der Vermittlung des Arbeitersekretariats zu bedienen.“

Das Arbeitersekretariat hatte nämlich mehrfach im Auftrag des Verletzten die Zahlung eines Rentenvorschlusses vor der Feststellung der endgültigen Rente fordern müssen. Das war natürlich dem Sektionsvorstand unbecommen gewesen und deshalb der Rat an den Verletzten. Daß der Vorstand um die unliebsamen Schreiben des Sekretariats durch die Anweisung der Rente herumgekommen wäre, ist ihm anscheinend nicht in den Sinn gekommen.

Der Lübecker Bericht, der eine Fülle interessanter Materials bietet, zeigt an einem Falle recht drastisch, wie peinlich genau die Berufsgenossenschaften die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden, wenn sie ihren Vorteil dabei finden. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter hatte so schwere Folgen eines Unfalls erlitten, daß die Berufsgenossenschaft in dem Feststellungsbescheid das Folgende sagte:

„Auf Grund der stattgehabten Ermittlungen und des ärztlichen Gutachtens wird angenommen, daß der Verletzte durch den Unfall seine bisherige Erwerbsfähigkeit völlig eingebüßt hat und in einem Maße fremder Wartung und Pflege bedürftig, also hilflos geworden ist, daß dafür eine Erhöhung der Vollrente auf 90 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes angemessen erscheint.“

Da aber der Verletzte vor dem Unfall nicht mehr voll arbeitsfähig gewesen, kürzte die Berufsgenossenschaft den behördlich festgesetzten Jahresarbeitsverdienst um 53 Prozent — um 53 Prozent — und meinte weiter:

„Demgemäß hat die Rente zu betragen für die Dauer der bestehenden Hilflosigkeit 90 Prozent des nach Nr. 1 maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes von 265,08 Mk., das sind auf das Jahr monatlich (nach Abrundung) 238 Mk. 57 Pf. 19 Mk. 90 Pf.“

Das eingeleitete Streitverfahren ist im Berichtsjahr nicht zu Ende geführt worden. Nach Vorstehendem wird es auch nicht weiter wundernehmen, zu hören, daß in einem anderen Falle für sechzigprozentige Erwerbsverminderung eine Rente von 75,20 Mk. pro Jahr festgesetzt wurde, festgesetzt durch höchstgerichtliche Entscheidung, und das für einen Mann, der wenige Wochen vor dem Unfall, ausgenommen die schwerste Arbeit, noch die ganze Ernte mitgemacht hatte. Und an einer anderen Stelle des Berichtes wird wieder von einer Berufsgenossenschaft berichtet, die fast konsequent die gesetzlichen Bestimmungen außer acht ließ. Der Bericht läßt nur die nackten Tatsachen sprechen — und sie sprechen in der Tat. Sie lauten:

Erste Sache. Das Schiedsgericht entschied:

Der Bescheid der Berufsgenossenschaft vom 21. Januar 1905 wird aufgehoben. Die Sache wird zur weiteren Klärung und anderweitigen Bescheiderteilung an die Berufsgenossenschaft zurückverwiesen.

In der Begründung des Schiedsgerichtsurteils heißt es wie folgt: Die Vorakten zeigen, daß fast kein einziger derjenigen Gesichtspunkte, welche für das Feststellungsverfahren nach dem Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes vom 15. November 1904 von besonderer Bedeutung sind, von der Beklagten berücksichtigt ist. Eine polizeiliche Unfalluntersuchung hat nicht stattgefunden, die in der Unfallanzeige namhaft gemachten Zeugen sind nicht vernommen, ein ärztliches Attest ist nicht eingefordert. Die Bewertung in den Gründen des Bescheides, daß Dr. F. erklärt habe, er könne einen Zusammenhang des Zusleidens mit dem Unfall vom 27. Februar 1904 nicht bestätigen, welche Bemerkung auch in der Generalexklärung auf die Berufung wiederholt mit dem Zusatz, Dr. F. habe dies mündlich erklärt, kann ein ärztliches Attest, welches eine wesentliche Grundlage der von der Berufsgenossenschaft und von den höheren Instanzen zu treffenden Entscheidungen bilden soll, nicht ersetzen. Vor allem aber hat die Beklagte keinen Bescheid erteilt und damit der ausdrücklichen Vorchrift in § 70 G. U. S. G. zuwidergehandelt. Dies ist nach § 5 unter c des angeführten Rundschreibens ein wesentlicher Mangel des Verfahrens, der das Schiedsgericht zur Zurückweisung der Sache an die Berufsgenossenschaft berechtigt. Die Pflicht der Letzteren ist es jetzt, die Sache durch weitere Ermittlungen in dem angedeuteten Sinne aufzuklären und danach dem Kläger einen neuen Bescheid zu erteilen.“

Im weiteren Verlauf der Sache hat dann die Berufsgenossenschaft im vollen Umfang dem Anspruch des Verletzten entsprochen.

Zweite Sache. Das Schiedsgericht entschied:

Unter Aufhebung des Bescheides der Beklagten vom 29. April 1905 wird die Sache zur anderweitigen Bescheiderteilung nach vorheriger Anhörung des behandelnden Arztes zurückverwiesen.

In den Gründen sagt das Schiedsgericht:

Der angefochtene Bescheid des Sektionsvorstandes gründet sich auf ein Gutachten des Vertrauensarztes, während der behandelnde Arzt Dr. G. nicht gehört worden ist.

Dritte Sache. Die Berufsgenossenschaft erteilte am 18. August neuen Bescheid, nachdem der behandelnde Arzt, Dr. G., gehört war.

Im weiteren Verlauf der Sache hat dann die Berufsgenossenschaft im vollen Umfang dem Anspruch des Verletzten entsprochen.

Vierte Sache. Am 11. Februar 1905 erteilte die Berufsgenossenschaft einen Vorbescheid, dem zur Folge ein Entschädigungsanspruch abgelehnt werden sollte.

Fünfte Sache. Ebenfalls am 11. Februar ging ein Vorbescheid ein, der wie folgt beantwortet wurde:

In Vollmacht der Witwa D. bestätigt ergebenst Unterzeichneter die nachträgliche Erteilung eines Vorbescheides.

Sechste Sache. Am 11. Februar 1905 erteilte die Berufsgenossenschaft einen Vorbescheid, dem zur Folge ein Entschädigungsanspruch abgelehnt werden sollte.

Siebte Sache. Ebenfalls am 11. Februar ging ein Vorbescheid ein, der wie folgt beantwortet wurde:

Im weiteren Verlauf der Sache hat dann die Berufsgenossenschaft im vollen Umfang dem Anspruch des Verletzten entsprochen.

Außerdem sollte doch der Herr Referent auch bedenken, daß die überwiegende Mehrzahl aller Beitragszahler in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus kleinen Leuten besteht.

Die Lohnbewegung der Berliner Bauhändler.

Nachdem nunmehr die Lohnbewegung der Berliner Bauhändler beendet ist, wird es Zeit, darüber einen Bericht zu geben.

Im Dezember 1903 war mit der Meisterkommission der Innung eine Vereinbarung getroffen worden, die äußerst mangelhaft und auch nur ein Strohbesen war.

Im Laufe des Jahres sind dann, nachdem unsere Tarifvorlage eingereicht war, die ersten Verhandlungen behufs Revision des Tarifs abgehalten worden.

Technische Rundschau.

Die Stellung einer jeden elektrischen Maschine und die Ausdehnung des Materials ist in erster Linie durch die zulässige Temperaturanstieg bestimmt.

Wichtig ist eine gute Wärmeableitung bei den volltätigen getriebenen Motoren, bei denen jeder zur Erzeugung ausreichender Leistung Verdichtungen angeschlossen werden.

Am Mittwoch den 4. April wurde zunächst in einer Werkstatt die Arbeit niedergelegt.

Daß wir nicht daran denken, vor dieser Drohung ins Mauseloch zu kriechen, ist klar.

Nachdem sich die auf die Aussperrung gestellten Hoffnungen nicht erfüllten, gingen die Leiter der Schlossermeister dazu über, die gleichen Mittel anzuwenden.

Am Montag den 14. Mai abgehaltenen Versammlung der Streikenden und Angehörten geschah es, daß die Versammlung sich mit großer Majorität für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

Die Kommission der Arbeiter sollte den Bevollmächtigten Cohen nicht wieder zu den Verhandlungen mitbringen.

Alle diese Bedingungen ließen die Meister nun fallen, weil, wie gesagt, jeder andere Ausweg versperrt war.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden für alle Betriebe.

Die Arbeiterzeitung hat sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

und Freitag eine Zulage von mindestens 2,50 Mk. pro Tag vergütet.

Für eine zurückzulegende Fahrt ist dem Arbeitnehmer der volle Betrag einer Eisenbahnfahrkarte 3. Klasse von dem Arbeitgeber zu bezahlen.

Die Verteilung geschieht durch den Arbeitgeber, jedoch ist der Kolonnenführer mit seinen Helfern verpflichtet, die Berechnung aufzustellen.

Die Kommission der Arbeiter sollte den Bevollmächtigten Cohen nicht wieder zu den Verhandlungen mitbringen.

Die Arbeiterzeitung hat sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

Die Arbeiterzeitung hat sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

Die Arbeiterzeitung hat sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

Die Arbeiterzeitung hat sich für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen.

Die Vorgänge in ZorgeLOW.

Zu der in voriger Nummer gemeldeten Aussperrung ging uns folgender Bericht zu: ZorgeLOW ist bekanntlich ein Industrieort.

Die Arbeiterbewegung hat jetzt aber so festen Fuß gefaßt, daß eine, wenn auch allmähliche Besserung der Verhältnisse eingetreten ist.

Dieser Tarifvertrag wurde gekündigt, weil eine Verbesserung einzelner Bestimmungen im Interesse der Arbeiterschaft notwendig war.

Adams unter Deutsches Reichspatent 159181 ein Verfahren zur selbsttätigen Betriebsabstellung von Explosionsmaschinen.

Wichtig ist eine gute Wärmeableitung bei den volltätigen getriebenen Motoren, bei denen jeder zur Erzeugung ausreichender Leistung Verdichtungen angeschlossen werden.

Wichtig ist eine gute Wärmeableitung bei den volltätigen getriebenen Motoren, bei denen jeder zur Erzeugung ausreichender Leistung Verdichtungen angeschlossen werden.

Wichtig ist eine gute Wärmeableitung bei den volltätigen getriebenen Motoren, bei denen jeder zur Erzeugung ausreichender Leistung Verdichtungen angeschlossen werden.

Wichtig ist eine gute Wärmeableitung bei den volltätigen getriebenen Motoren, bei denen jeder zur Erzeugung ausreichender Leistung Verdichtungen angeschlossen werden.

Tarifentwurf an den Verein der Lorgelower Eisengießereiarbeiter — mit dem alte Vertrag abgeschlossen war — eingereicht, auch den vier Firmen, die bisher nicht angeschlossen waren. Alles das geschah unter Zustimmung der Leitung und der Mitglieder des Gewerkevereins.

Entwurf eines Tarifvertrags.

§ 1. Arbeitszeit. a) Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag. Bei Mangel an Arbeit soll dieselbe auf 8 Stunden verkürzt werden, bevor Entlassung von Arbeitern erfolgt. b) Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen möglichst vermieden werden. Wenn sie unbedingt notwendig sind, werden den Lohnarbeitern der anderthalbfache Stundenlohn, den Affordarbeitern ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde bezahlt.

c) Sollen Überstunden geleistet werden, so ist dies vor Eintritt der Mittagspause zu melden, mit Ausnahme von plötzlich eintretenden Betriebsstörungen.

§ 2. Arbeitslöhne. a) Gelehrte Schlosser, Schmiede, Dreher, Tischler u. s. w. erhalten einen Einstellungslohn von mindestens 30 Pf. pro Stunde. Nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre steigt dieser Lohn auf mindestens 35 Pf. pro Stunde. b) Ungerlehrte Arbeiter erhalten einen Einstellungslohn von mindestens 27 Pf. pro Stunde. Nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre steigt dieser Lohn auf mindestens 30 Pf. pro Stunde.

c) Alle diejenigen unter § 2a und b genannten Arbeiter, welche den vorgenannten oder einen höheren Lohn bei Abschluß des Vertrags schon haben, bekommen 5 Prozent Zuschlag. d) Die Löhne für Altersschwache oder durch Unfall minderleistungsfähig gewordene Arbeiter unterliegen der freien Vereinbarung.

e) Die Preise für Affordarbeiten für die unter a und b bezeichneten Arbeiter regelt die einzusehende Kommission (§ 3b) den Verhältnissen eines jeden Betriebs entsprechend.

§ 3. Affordarbeiten der Former. a) Bei neuen Affordarbeiten wird der Preis vor Übernahme der Arbeit verabredet. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, so garantiert die betreffende Firma nach Anhören des Arbeiterausschusses einen Stundenverdienst, welcher nach dem bisherigen durchschnittlichen Affordverdienst zu berechnen ist, jedoch nicht weniger als 40 Pf. für Maschinenformer, 42 Pf. für Plattenformer und 45 Pf. für Handformer betragen darf.

b) Früher schon hergestellte Affordarbeiten, welche diesen Verdienst nicht ergeben haben, werden derart erhöht, daß dieser Verdienst nicht zu erzielen ist. Welche Arbeiten das sind, wird eine in jedem Betrieb einzusehende Lohnkommission den Herren Unternehmern mitteilen und darüber verhandeln. Auch soll die Kommission weitergehende Wünsche der Former den verschiedenen Betriebsverhältnissen entsprechend regeln.

c) Herabsetzung von Affordpreisen darf nur erfolgen, wenn Veränderungen eintreten, welche es ermöglichen, die Arbeit in kürzerer Zeit als bisher fertig zu stellen.

§ 4. Allgemeine Bestimmungen. a) Den Formern wird jeder Guß bezahlt, welcher ohne sein Verschulden Ausschuß gegossen wird. Ob der Former Schuld hat, entscheidet der Arbeiterausschuß, eventuell unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus der Mitte der Arbeiter. b) Die nach den Verhandlungen (§ 3b) festgelegten Preise werden zur jederzeitigen Einsichtnahme des Arbeiterausschusses in ein Preisbuch eingetragen.

c) Es wird für jede Fabrik ein Arbeiterausschuß gebildet, welcher aus der freien Wahl der Arbeiter hervorgeht. Derselbe hat alle Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern zu regeln. d) Die Lohnzahlung erfolgt jede Woche Sonnabends und soll zu Feierabend beendet sein.

e) Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt.

§ 5. Sanitäre Einrichtungen. Es soll in jedem Betrieb nach Bedarf für genügende Betriebssicherheit gesorgt werden durch Anschaffung genügender Krane und Hebezeuge, Betriebswerkzeuge (Formkasten, Gießkannen, Stellung genügender Zahl von Hilfsarbeitern), Anschaffung genügender Heizungs- und Lüftungsvorrichtungen, insbesondere Heizöfen an Stelle der Kofstörche, ausreichende Beleuchtung, Abhoranlagen mit getrennten Sitzplätzen, und auf Verlangen des Arbeiterausschusses auch Wascheinrichtungen und gutes Trinkwasser.

§ 6. Gültigkeitsdauer. Diese Vereinbarungen gelten auf die Dauer von 15. April 1906 bis 14. April 1907.

§ 7. Verpflichtungen. a) Als Garantie für die Innehaltung dieses Vertrags verpflichten sich die Vertreter der Organisationen, Deutscher Metallarbeiter-Verband und Gewerkeverein (Hirsch-Dunder), daß sie bei einer etwa erfolgenden Arbeitsniederlegung ihren Mitgliedern keinerlei Hilfe und Unterstützung gewähren werden, andernfalls sind die Arbeitgeber von diesem Vertrag entbunden. b) Erfolgt eine Verletzung dieses Vertrags von Seiten der Arbeitgeber, so sind die Organisationen von den vorstehenden Verpflichtungen entbunden.

c) Entlassungen von Arbeitern aus Anlaß ihrer Tätigkeit für die Einföhrung und Aufrechterhaltung dieses Vertrags dürfen nicht erfolgen.

Als Antwort darauf lief an den Kollegen Kohrlack der folgende Brief ein:

Lorgelow, den 20. März 1906. Wir empfangen Ihr gefälliges Schreiben vom 19. ds. Mts. und teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die Frage, ob wir statt mit unseren Arbeitern mit dem

Deutschen Metallarbeiter-Verband einen Arbeitsvertrag vereinbaren wollen, reiflicher Überlegung bedarf, da es sich hierbei um einen Entschluß von weittragender Bedeutung für die Entwicklung unserer Eisenindustrie handelt. — Da nun die Eisengießereien Lorgelows bereits einem größeren Verband, dem Verband der Eisengießereien Pommerens und der Mark angehören, und auch in Verbindung mit dem Steintiner Vulkan und dem Verband Deutscher Eisengießereien stehen, so halten wir es für erforderlich, über die uns vorgelegten Fragen mit obigen Herren zu verhandeln, bevor wir uns entscheiden. Achtungsvoll geg. P. L. Sauer & Co. G. L. König & Co. W. Klamp & Co. p. pa. Weichert. C. Menzel & Co. E. Hidde & Co. Feundel & Hölte. F. Hesse & Co. Karlsruhle. Gabetha & Co. Gebr. Sauer & Co. Theodor Vollgold & Sohn.

Aus diesem Schreiben geht also der vollkommene Anschluß der Lorgelower Eisengießerei an den „Bund der Schaffmacher“ hervor. Man sieht, daß die Herren, die sonst einander die schwerste Konkurrenz machen, die sich sonst nicht ausstehen, am liebsten mit Haut und Haaren gegenseitig aufreissen möchten, mit einem Schläge einig sind, wenn es sich um den Kampf gegen die Arbeiter handelt. Und noch eins ist wichtig für die nicht genau eingeweihten Leser: die Unterschrift der Firma Dr. Vollgold. Der Inhaber dieser Firma war nämlich der erste Eisereibesitzer am Orte (früher königliche Eisengießerei) und die übrigen Fabrikanten haben alleamt früher bei ihm gearbeitet. Mit „seinen Gejellen“ wollte nun der Herr Dr. Vollgold niemals gemeinsame Sache machen, tat es auch 1896 bis 1897 und 1898 nicht, aber heute — ist er Vorsitzender des Lorgelower Zweigvereins der Unternehmerorganisation! Allerdings — das muß ihm zur Ehre angerechnet werden — bei der jetzigen Ausperrung macht er nicht mit! Im übrigen charakterisiert das Schriftstück so recht die „Herren im eigenen Hause“.

Noch vor Ablauf des Tarifvertrags traf dann das nachstehende Schreiben an die Bezirkszeitung ein: „Lorgelow, den 7. April 1906. Herrn F. Kohrlack, Steintiner, Turnerstraße 77. Bezugnehmend auf Ihre gefällige Zuschrift vom 19. März d. J. benachrichtigt Sie hierdurch der unterzeichnete Verein ganz ergebenst, daß derselbe am 29. März d. J. einstimmig nachstehenden Beschluß gefaßt hat: Über Fabrikordnung und Löhne hat jeder Arbeitgeber im Bedarfsfall nur mit den in seinem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern zu verhandeln. Der Verein von Eisenerwerken Pommerens und der Mark, mit dem Unternehmerverband Lorgelow. Im Auftrag: geg. Dr. Vollgold.“

In welcher Weise nun der Unternehmer sich das Verhalten mit „ihren“ Arbeitern dachte, ergibt der nachstehende Fabrikanschlag der Firma Hidde & Co.: „Lorgelow, den 10. April 1906. Um unseren Arbeitern Gelegenheit zu geben, Wünsche zwecks besserer Ausgestaltung eines für beide Teile befriedigenden Arbeitsverhältnisses uns zu unterbreiten, laden wir unsere Arbeiter ein, in folgender Weise aus ihrer Mitte eine Vertrauenskommission zu wählen: 1. Jede Vertrauenskommission besteht aus dem ältesten Arbeiter der betreffenden Werkstatt und aus zwei Vertrauensmännern. 2. Als Vertrauensmänner sind nur solche Arbeiter wählbar, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen in derselben Werkstatt gearbeitet oder, falls der Betrieb noch nicht fünf Jahre bestanden sollte, nur solche, welche seit Eröffnung des Betriebs dort ununterbrochen arbeiten. 3. Jeder Vertrauensmann kann nur einer Kommission angehören. 4. Die Wahlzeit ist am Mittwoch den 11. dieses Monats für Handformer von 9 bis 9 1/2 Uhr, Tischler und Dreher von 9 1/2 bis 10 Uhr, Magazinarbeiter, Putzer und Schleifer von 10 bis 10 1/2 Uhr, Maschinenformer von 10 1/2 bis 11 Uhr. 5. Die Wahl erfolgt im Kontor mit geschlossenem Stimmzettel und entscheidet einfache Majorität. 6. Nach erfolgter Wahl werden die Vertrauenskommissionen, jede gefondert, an noch zu bestimmenden Tagen ins Kontor gerufen, um mit dem Werkbesitzer oder dem Betriebsleiter über gewünschte Verbesserungen zu beraten. geg. Hidde & Co.“

Zu dieser Sache nahmen die Arbeiter in einer überfüllten Versammlung am 12. April Stellung durch einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt, daß der bisherige Zustand der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse den wirtschaftlichen Frieden durchaus gefährdet hat und nimmt daher mit Bedauern davon Kenntnis, daß dieser Zustand jetzt scheinbar ein Ende erreichen soll dadurch, daß die Herren Eisereibesitzer den Vertretern der Organisationen mitgeteilt haben, daß sie nur mit den Arbeitern verhandeln wollen.“

Die Versammlung erklärt, daß ein Tarifvertrag nur zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer abgeschlossen werden kann und demzufolge auch die Vertreter der Organisationen (Deutscher Metallarbeiter-Verband und Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter) mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes verhandeln müssen.

Um aber nicht von vorneherein den Frieden zu brechen, beschließt die Versammlung, daß von jeder Fabrik eine Kommission gewählt wird aus beiden Organisationen, je nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl, welche den Unternehmern den Tarif nochmals vorzulegen hat, und in Verhandlungen über die einzelnen Paragraphen eintreten soll. Die Kommissionen müssen in getrennten Fabrikversammlungen (nach Feierabend) ohne jeden Einfluß durch die Fabrikanten gewählt werden. Wahlberechtigt und wählbar ist jeder in der betreffenden Fabrik beschäftigte Arbeiter. Jeder andere Wahlmodus ist für die Arbeiter unannehmbar.

Die Kommissionen haben nur das Recht der Verhandlung, sind aber in ihren Beschlüssen von der Allgemeinheit der Beschäftigten große Rolle. In Summe ist seit vorigen Jahre die Frage in der Weise gelöst worden, daß der Reichtum zur Feuerung von Kesselanlagen verwendet wird. Der erzeugte Dampf dient zum Betrieb von Dampfmaschinen, die wieder Dynamos antreiben. Die erzeugte elektrische Energie reicht nicht nur aus, um die für den Betrieb selbst notwendigen Ventilatoren, Schladenbrecher zu betreiben, sondern gibt noch Kraft zum Betrieb einer Pumpe für das Wasserwerk ab. Die Schlacke wird zur Bereitung eines vortrefflichen Mörtels verwendet.

Als Isolation für dünne Drähte war bisher in der Regel die Seiden- oder Baumwollumspinnung üblich. Doch nimmt diese verhältnismäßig viel Raum weg. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft bringt jetzt sogenannten Acetatdraht in den Handel, der zur Isolierung mit Zellulose Tetra-Acetat (einer chemischen Verbindung) in nachfolgender Hülle umgeben ist. Diese zähe Hülle ist nur 0,02 Millimeter stark und reicht vollkommen für die in mechanischer und elektrischer Beziehung an eine gute Isolation gestellten Ansprüche aus. Dieser Acetatdraht wird nur bis 0,17 Millimeter Kupferdurchmesser geliefert. Für Durchmesser bis 2 Millimeter wird ein ähnlich hergestellter Draht, der sogenannte Emailledraht, benutzt. Auch dieser zeichnet sich gegenüber den mit Seiden und Baumwolle isolierten Drähten durch die gute Raumnutzung aus.

Eine eigenartige elektrische Berufstrankheit hat Dr. Willener bei 19 Schaitafelwärttern der Hochspannungsanlagen an den Niagara-fällen gefunden und beschrieben. Die bei den Hochspannungsapparaten — es handelt sich um 50000 Volt — beschäftigten Arbeiter und die in denselben Räumen sich regelmäßig aufhaltenden Leiden an schweren Störungen der Verdauungsorgane und haben auch ein bleichendes krankhaftes Aussehen. Die eigentliche Ursache dieser Erscheinungen hat sich noch nicht feststellen lassen. Doch führt sie Dr. Willener auf die Ausstrahlungen der Hochspannungsapparate zurück.

Zum Schluß dieser Rundschau mag noch ein eigenartiges Patent erwähnt werden, das der Electrical Ore finding Company Ltd. London (auf deutsch: Elektrische Erzsuchungsgesellschaft) in Deutschland unter der Nummer 152519 erteilt worden ist, in dem die Elektrizität die Rolle einer Wünschelrute spielt. Es handelt sich um ein Verfahren zur Auffindung und Bestimmung von Erzlagern. Mittels eines zwischen zwei tragbaren Elektroden eingeschalteten Induktors werden schwachende elektrische Stromstöße durch den zu untersuchenden Boden getrieben. Aus den verschiedenen Geräuschen, die diese Ströme in einem zwischen zwei weiteren tragbaren Elektroden eingeschalteten Telefon verursachen, kann von einem erfahrenen Beobachter auf das Vorhandensein oder die Beschaffenheit und Lage von Erzlagern geschlossen werden.

abhängig, haben also nicht das Recht, den Unternehmern bindende Beschlüsse zu unterbreiten, bevor sie nicht von der Allgemeinheit der Beschäftigten dazu ermächtigt sind.

Nachdem die Kommissionen verhandelt haben, erstatten sie Bericht und bleibt dann die weitere Beschlußfassung der Werkstatt und später der allgemeinen Versammlung überlassen.“ Die Unternehmer erklärten hierauf, daß sie einen bestimmten Beschluß nicht geben könnten, sie müßten erst abermals mit dem Verband der Metallindustriellen Rücksprache nehmen. Es sollte Anfang Mai Antwort erfolgen. Die Arbeiter weigerten sich, diese Verschleppungstaktik mitzumachen, sie gaben deshalb am 26. April durch Annahme der nachstehenden Resolution ihrer Meinung Ausdruck. (Weide Resolutionen sind jedem einzelnen Unternehmer überreicht worden.)

Die heutige Versammlung erblickt in dem Bestreben der Unternehmer, die Antwort auf die beschiedenen Wünsche der Arbeiter bis zu Anfang Mai zu vertagen, eine durch nichts gerechtfertigte Verschleppung der ganzen Angelegenheit.

Wenn die Fabrikanten erst erklärten, nur mit ihren Arbeitern zu verhandeln, so konnte und mußte die Antwort auf die Forderungen auch der von den Arbeitern gewählten Kommission erteilt werden, wenn die Arbeitgeber den festen Willen dazu hätten, wäre das auch geschehen.

Daher beschließt die Versammlung, das Arbeitsverhältnis am Montag den 30. April zu kündigen. Die Arbeiterschaft erklärt, daß sie während der vierzehntägigen Kündigungsfrist zu weiteren Verhandlungen bereit ist, und spricht die Erwartung aus, daß die Unternehmer ein Entgegenkommen zeigen, welches zur friedlichen Lösung der Angelegenheit führt.“

Die Kündigung erfolgte einmütig. Von 886 Beschäftigten haben 787 die betreffenden Schriftstücke unterzeichnet. Der Rest von 200 sind Hofarbeiter, Güntlinge und Verwandte der Fabrikanten. Während der Kündigungsfrist ist denn auch verhandelt worden. Bei drei Firmen (darunter Dr. Vollgold) kam es zu einer Einigung durch Annahme der Zugeländnisse, während die von den anderen sieben Firmen gestellten Bedingungen von den Arbeitern als unannehmbar bezeichnet wurden. Diese Bedingungen sind recht charakteristisch und wert, wenigstens im Auszug bekanntzugeben zu werden. Für heute geht das aber über den zur Verfügung stehenden Raum hinaus.

So standen die Dinge, als der Gesamtverband der Metallindustriellen seinen Ausperrungsbeschluß faßte. Es mußte jetzt der Versuch gemacht werden, die Sache bezulegen, weil der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht noch durch eine neue Arbeitsniederlegung Komplikationen schaffen und Öl in das Feuer gießen wollte. Am Sonntag den 13. Mai wurde von der Bezirksleitung im Einverständnis mit dem Vertreter des Gewerkevereins den Kollegen eröffnet, daß die Leitungen der beiden Organisationen nach Lage der Sache zu einem Streit ihre Zustimmung nicht geben könnten. Das wurde den Unternehmern, die zur selben Stunde eine Versammlung hatten, natürlich ebenfalls bekannt. Am Montag den 14. Mai gingen die Arbeiter wie gewohnt zur Arbeit, unter Zurücknahme der Kündigung ihre Arbeit fortzusetzen.

Anders dachten die Unternehmer! Sie schickten alle, die gekündigt hatten, wieder nach Hause, mit der Erklärung, daß sie am Mittwoch Beschäftigung erhalten würden. Der Mittwoch kam, und der Beschäftigte blieb aus!

Am Abend des Mittwochs fand eine Versammlung statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeit zu den von den Fabrikanten gestellten Bedingungen aufzunehmen. Bei Abfindung dieses Berichtes (18. Mai) waren noch mehr als 800 Mann ausgeperrt.

Diese Ausperrung kann unseres Erachtens in keinen Zusammenhang mit dem Ausperrungsbeschluß der Kühnemänner stehen, denn dieser ist ja noch gar nicht in Kraft getreten. Es ist also ein Willkürakt, wie er noch nicht dagewesen sein dürfte, ausgeführt von Unternehmern, die für die gesamte Eisengießereiindustrie Deutschlands die Schmutzkonturrenz bilden!

Wie oben bemerkt, hat die Firma Dr. Vollgold diese Ausperrung nicht mitgemacht, was ja eigentlich auch selbstverständlich ist. Aber die beiden anderen Firmen, denen die Annahme der neuen Arbeitsbedingungen schon einige Tage vorher mitgeteilt worden war, haben lustig mit ausgeperrt!

Eine Erklärung für diese ganze Affäre gibt es nur: Die Lorgelower Fabrikanten sind angefedert vom Machtkel der Kühnemänner, von Kieppel u. s. w. G. Kohrlack.

Die Ausperrung der Former und Eisereiarbeiter in Lorgelow ist beendet.

Die Wiederaufnahme der Arbeit geschah am Montag den 21. Mai früh zu den von den Unternehmern schon früher zugestandenen Bedingungen. Die Ausperrung war also nur ein kleiner Racheakt für die Aufregung, die die Arbeiterschaft den Unternehmern bereitet hat. Wie immer haben die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine aber dabei eine jämmerliche Rolle gespielt. Diese Organisation scheint in der Tat ohne Schwundel nicht existieren zu können, und als das Wesen der Agitation den Mitgliederfang durch süssen im trüben einzig und allein zu betreiben.

Sehen wir uns den Hergang der Sache an: Wie schon berichtet, war das Eintreten in den Streit, zum Zweck des Mehrerausholens als die zugestandenen Bedingungen, unzufällig, aus dem einzigen Grunde, weil der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit einem neuen Streit kein Öl ins Feuer gießen, keine Provokation des Gesamtverbandes der Metallindustriellen hervorzurufen wollte. Diese Stellungnahme ist so einfach und so klar, daß man eben ein Hirsch-Dunder'scher Gewerkevereiner oben gekennzeichneten Sorte sein muß, um sie nicht zu begreifen. Davon unten mehr.

Die Ausperrung verlief also ohne jeden Zwischenfall bis zum Sonntag den 17. Mai: An diesem Tage erhielt der Vorsitzende des Ortsvereins der Hirsch-Dunder'schen ein Schreiben von den Unternehmern, worin diese erklärten, daß die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu den schon früher zugestandenen Bedingungen erfolgen könne. Am Tage darauf, also am Freitag, erschienen zwei Mann vom Gewerkeverein, Schumacher-Berlin und Wolf-Stettin, mit der ganzen Würde ihres Amtes und Ansehens, und gingen, ohne irgend einen Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Kenntnis zu setzen, zu den Fabrikanten, um zu „unterhandeln“ — wo nichts mehr zu unterhandeln war! Sie haben natürlich auch nicht einen Deut mehr erreicht als schon zugestanden war.

Am Freitag den 18. Mai abends fand eine Versammlung statt, in der den Arbeitern empfohlen wurde, die Arbeit zu diesen Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Abstimmung war anfangs zweifelhaft, und das kam daher, daß in den Bedingungen angegeben war, daß jeder Arbeiter sich zur Aufnahme der Arbeit melden soll. Das konnte so aufgefaßt werden, daß bei der Eingelassenen ein Aussehen der „besten Elemente“ stattfinden soll. Zweimal wurde abgestimmt und beide Male war das Resultat sehr zweifelhaft. Da kam Herr Wolf vom Gewerkeverein her und erklärte den Kollegen: „Wenn ihr die Arbeit nicht wieder annehmt, dann redet der Generalrat ein anderes Wort mit euch!“ Und schnellstens war die Abstimmung zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit erledigt!

Mit dem „Aussehen“ der besten Elemente ist es denn auch so gekommen! Es sind vom Deutschen Metallarbeiter-Verband 30 Mann draußen geblieben, vom Gewerkeverein circa 20 Mann.

Was macht nun der Gewerkeverein aus dieser ganzen Sache? Es ist schwer zu glauben, aber Tatsache: In den Nummern 57 und 58 des Korrespondenzblattes der Gewerkevereine wird die Sache so dargestellt, als wenn die Führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unverzeihliche Fehler gemacht hätten, Fehler, die wir den Hirschen als „Verrat“ anrechnen würden, wenn dies je gemacht hätten. Wie oben schon geschrieben, hat es sich darum gehandelt, Provokationen zu vermeiden, die Hirschen fälschlich davon, daß es sich um die Geldmittel gehandelt hätte.

Ein klein wenig Überlegung hätte den Herren sagen müssen, daß ein Verband, der circa 7 bis 8 Wochen lang schon mehr als

Während bei uns zum Einziehen dieser Kabel Menschenkräfte beschäftigt werden, wird in Amerika dazu vielfach Maschinenkraft benutzt. Eine solche Maschine zum Kabeleinziehen besteht aus einem vertikalen schnepperartigen Gasolinmotor, einer Winde und einer Kabelleitrolle mit Zubehör. Das ganze ist zu einem festen System verbunden und ruht auf einem durch Pferde bewegten Wagen, der auch die Werkzeuge und einen gewissen Brennstoffvorrat für den Motor aufnimmt. Ein Geschwindigkeitsregulator ermöglicht die Einstellung der Maschine je nach der Festigkeit, Schwere, Länge u. s. w. der einzuziehenden Kabel. Die Vorrichtung soll in fünf Minuten so viel leisten wie zwei Arbeiter in vier Stunden.

Wünschenswert wäre es, wenn man Leitungen beim Telephon überhaupt entbehren könnte. Man ist aber von einer Telephonie ohne Draht noch sehr weit entfernt, während man mit der Telegraphie ohne Draht große Erfolge erzielt hat. Eigentlich werden auch bei dieser immer Drähte verwendet, nur nicht als fortlaufende Leitungsdrahte, sondern als sogenannte Auffangdrähte, die in beträchtliche Höhen geführt werden müssen. Major Equier der Vereinigten Staaten von Amerika hat nun mit Erfolg versucht, diese Auffangdrähte durch Bäume zu ersetzen. Doch genügt dies nur für sehr kleine Entfernungen, für den normalen Verkehr wird man bei den Auffangdrähten oder Auffangseilen bleiben müssen.

Um das Ausweichen von Sicherungen zu erleichtern und zu vereinfachen, bringt die Firma Allt Woodt & Meyer in Hamburg einen Mehrfachstöpsel unter dem Namen Nullsticherung auf den Markt. Ja dem Stöpsel sind mehrere Schmelzstreifen fest angebracht, die mittels eines anderen Kontaktstückes nacheinander eingeschaltet werden können. Diese Einrichtung ist nur bei herausgeschobenem Stöpsel möglich und kann also nur im unzulässigen Zustand erfolgen. Die Stöpsel sehen äußerlich so wie die normalen Stöpselsicherungen mit Schlingengewinde aus, vertreten aber, da sie drei Schmelzstreifen enthalten, drei gewöhnliche Sicherungsstüpsel.

Die Gesellschaft für Sines Eismaschinen, Aktiengesellschaft, bringt in Gemeinschaft mit den Berliner Elektrizitätswerken eine kleine Kälteerzeugungsmaschine auf den Markt, die besonders für kleine Betriebe, Restaurationen und dergleichen, denen elektrische Energie zur Verfügung steht, vorteilhaft ist. Die Maschine erzeugt die Kälte durch Verdampfung von Ammoniak und besteht aus einer liegenden Druckpumpe, die direkt mit einem Elektromotor von nur 1,5 Pferdekräften gekuppelt ist. Der in dieser Pumpe verdichtete Ammoniak wird in den Kühlschrank geleitet und entzieht dort beim Verdampfen seiner Umgebung Wärme, fñhlt also die im Schranke befindlichen Gegenstände. Vom Kühlschrank gelangt der Ammoniak wieder in die Druckpumpe, um von neuem verdichtet zu werden. In Goschpäden spielt die Müllabfuhr und Bewertung eine

20000 Mann über Wasser hält, wegen der 300 Mann, die in Zogelom in Frage kommen, nicht im geringsten berührt wird. Das hat sich ja auch am Sonnabend bei der Auszahlung gezeigt. Bei den Hirschen gab es für 4 Tage Unterstützung ein paar Marklein in die Hand gedrückt, den Verbandskollegen aber wurde die volle Unterstützung mit 12 respektive 14 bis 19 Mark ausbezahlt. Das ist der „banterotte“ Verband, gegenüber dem starken Gewerksverein, der seinen örtlichen Funktionären schon vor einigen Wochen ein Zirkular zugestellt hat, nach dem kein Angriffsteil mehr unternommen werden dürfe — vermutlich weil „zu viel Geld“ in der Kasse ist.

Dass es den Zogelower Kollegen nicht leicht war, aus Solidarität eine einmal begonnene Bewegung abbrechen, das ist verständlich, aber nach kurzer Aufregung hat Ruhe und Besonnenheit ein. Ganz besonders aber regten sich die Gewerksvereiner darüber auf, daß in unserm Bericht an den Vorwärts zu lesen war, daß im Einverständnis mit dem Gewerksverein eröffnet worden sei, daß die Leitungen der beiden Organisationen ihre Zustimmung zum Streik nicht geben können.

Sollte nun der Herr Wolf vom Gewerksverein seinen Mitgliedern diese Erklärung nicht abgegeben haben, als er zu spät nach Zogelom kam, so hat er damit einen unerhörten Treubruch begangen, dem er (Herr Wolf) hat unserem Kollegen Frängel schon mehrere Tage vorher erklärt, daß wegen der drohenden Ausperrung von dem Streik Abstand genommen werden müsse!

Das Korrespondenzblatt der Hirsche aber schreibt, es sei unsere Darstellung eine Gemeinheit des Vorwärts, der unsern Bericht gebracht hatte.

Ein ganz gemeiner Schwindel von diesem Korrespondenzblatt aber ist es, wenn das Blatt schreibt, es sei den Verhandlern erklärt worden, es gebe kein Geld, denn wir hätten in Stuttgart nichts! Dafür sind in Zogelom so viele Zeugen, das müssen selbst alle Gewerksvereiner bezeugen, so daß man nur staunt, wie ein Blatt es fertig bringt, solche Sachen in die Welt zu setzen, wie es so offenbar lügen kann, daß es nicht fürchtet, von den eigenen Mitgliedern in Zogelom der bewußten Lüge geziehen zu werden! Das sich die Gewerksvereiner Kollegen noch so etwas bieten lassen, das ist wirklich zu bewundern.

Mit welcher dreisten Stirne das Korrespondenzblatt schreibt, daß nur durch die Verhandlungen der Vertreter Schumacher und Wolf die Sache erledigt worden sei, ist geradezu unerhört! Nichts, absolut nichts haben die Herren erreicht, was nicht schon vorher, ehe sie heimlich zu den Unternehmern liefen, schriftlich zugesagt war!

Wie gesagt, Schwindel und im trüben fischen, das ist die Art des Gewerksvereins und das Wesen ihrer „Agitation“.

Die persönlichen Anempfehlungen der Unterzeichneten können uns nicht aufregen. Dem Kollegen Frängel ist von dem Gewerksvereinsmitgliedern selbst gesagt worden, er möge nicht in die Versammlung gehen, und jetzt nennt ihr Organ es eine Feigheit! Der Kollege Hübner hat dem Herrn Wolf bereits am 23. April brieflich mitgeteilt, daß er (Hübner) durch andauernde Krankheit am Reisen verhindert und dem Kollegen Frängel mit denselben Rechten die Stellvertretung übertragen sei. Darüber macht das Korrespondenzblatt faule Witze — die wir mit Bedauern über die Geistesarmut des Verfassers zur Kenntnis genommen haben.

Die Zogelower Kollegen werden ihre Lehren aus diesen Vorgängen zu ziehen wissen, dessen sind wir sicher!

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes:
Stettin, den 24. Mai 1906. H. Rohlfad. P. Frängel.

Gemeine Fälschung.

Es ist der Fluch der bösen Zeit, daß sie fortwährend Böses muß gebären. Das sieht man so recht deutlich an der Stellung der Hirsch-Dunderfischen Führer zur Formbewegung. Den elenden Arbeiterverrat, dessen sie sich schuldig gemacht haben, wollen sie unter allen Umständen beschönigen und, wenn auch dies nicht mehr geht, wenigstens doch „retten, was noch zu retten ist“. Das geht natürlich nicht anders, als daß der letzte Rest von Wahrheitsliebe, der vielleicht in dem einen oder anderen von ihnen noch vorhanden ist, auch noch zum Teufel geht. Sammelgleich jenseits die Lügen an, deren sie sich schuldig machen müssen, um bei ihren Getreuen wenigstens Augenblickefolge zu erzielen.

Kenntnisse muß der in Nr. 17 unseres Blattes erwähnte Artikel unseres Kollegen Schlichte „Unserer Gegner im Unternehmertum“ und wir ihnen das „Material“ zu ihren Fälschungen liefern. Der Gewerksverein druckt in seiner Nr. 21 vom 25. Mai folgende Stelle daraus ab:

Es muß bei jedem Kampfe das Ziel, der Zweck, zu dem der Kampf unternommen wurde, festgehalten werden. Gerade das Ziel des Kampfes wird häufig aus dem Auge verloren. Man verläßt gar zu gern in den Fehler der Gegner und sucht sich an Beschuldigungen zu beteiligen. Dadurch gibt man dem Kampfe häufig eine Wendung, die gar nicht beabsichtigt war und auch gar nicht beabsichtigt sein konnte und die den Kampfbeteiligten jeden Nutzen abschneidet, weil sie sie über das wachsende durch den Kampf Erreichte und das Erreichbare hinwegtäuscht. Welcher Nutzen ist nicht schon durch die wohllose Anwendung der Worte „Streik“, „Kampf“, „Einsparungskampf“, „Einsparung“ und dergleichen getrieben worden. Wohl jagt man der großen Masse schamlose Redensarten, die sie für den Moment begehrt und hinhören konnten, man kümmerte sich aber zu wenig um die Wirkung dieser Worte und achtete zu wenig darauf, ob der Jubelsturm auch das nötige Verständnis und die richtige Vorstellung von solchen Worten habe. Mit der Begründung ist es eine böse Sache, sie nach aber auf unserer Erkenntnis und Übergangszeit beziehen. Nicht die Massen im Begriffsverwirrung zu erhitzen, sondern sie anzuklären, weiter zu bilden und zu klärtigen, Übergangsstreiken anhängern der Arbeiterbewegung zu machen, das ist unsere vornehmste Aufgabe.

Nun vorgekommene man sich, daß die Formbewegung ausdrücklich von dem Verband und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes genehmigt worden ist und von dem Verband als der obersten Verbandsinstanz geleitet wird, daß es also richtig ist, anzunehmen, der Kollege Schlichte habe auf solche Weise „sich selbst Irrtümer“ wollen. Ferner wolle der Artikel, den das Ziel entworfen worden ist, bereits Mitte April in Satz gegeben werden, damit die jetzt folgende Nummer 17 rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Für den Druckenden versteht es sich demnach von selber, daß der Verfasser etwas ganz anderes im Auge hatte als die Formbewegung, als er den Artikel schrieb, zumal es demnach noch viel zu entscheiden war, welchen Weg die Formbewegung nehmen würde. Die Behauptung des Gewerksvereins lautet es jedoch fertig, folgende Fälschung zu produzieren:

Der Metallarbeiter-Verband hat bereits einen Entschluß von 25. April zu Ende zu erheben beschlossen. Das vielen Orten aber kommt die Mitteilung, daß zahlreiche Mitglieder eines Gewerksvereins sich weigern, diesen Entschluß zu befolgen. Die Metallarbeiter-Verband beginnt auch schon, die Mitglieder und ihre örtlichen Führer für den unglücklichen Ausgang der bisherigen Kämpfe dieses Verbandes verantwortlich zu machen. Das Blatt schreibt:

Dann folgt das oben erwähnte Ziel. Nun vorgekommene man sich: In Nr. 18 wurde der Entschluß ausdrücklich. Die große Masse der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ergreift also fälschlicherweise in den Tagen vom 2. bis 5. Mai einen Entschluß. Nach dem Gewerksverein soll der Kollege Schlichte über-

bereits Mitte April von der Weigerung „zahlreicher Mitglieder“ unterrichtet gewesen sein und in der Nr. 17, die eine Woche vor der Bekanntmachung betreffend den Extrabeitrag die Maschine verließ, dazu Stellung genommen haben.

Diese Fälschung wird dann noch in reichlich 50 Zeilen weiter breitgetreten. Es heißt in diesen unter anderem:

Jetzt, wo ihnen das Feuer unter den Füßeln brennt, da möchten die Herrschaften in heuchlerischer Weise ihre Hände in Unschuld waschen und denen alle Schuld beimeessen, die in ihrem Auftrag die Massen mit radikalen Redensarten herausfischen. Aus diesem Labyrinth der Kämpfe, Aussperrungen und des Wirrwarrs, den der Reifeiertubel und der Klassenkampf unglücklich hervorgerufen haben, gibt es nur einen Weg in die Freiheit: Hin aus mit der Sozialdemokratie aus der praktischen Arbeiterbewegung, denn diese ist schuldig an all den Ursachen, die in der Metallarbeiter-Zeitung so heftig beklagt werden. Das parteipolitische Dogma vom Klassenkampf hat die Arbeiter irregeführt! ... Der Klassenkampf hat vergiftend und vernichtend auf die Wirksamkeit der Arbeiterbewegung eingewirkt. Wer die einseitige Herrschaft des Proletariats erstrebt, darf sich nicht wundern, wenn die flackernde, gut organisierten Arbeiterbewegung den Kampf um die Macht aufnehmen. Wir Gewerksvereiner wollen keine einseitige Klassenherrschaft, von wem der Versuch dazu auch ausgeht mag.

In demselben Sinne geht es noch eine Weile weiter. Es mag genügen, die Proben niedriger zu hängen.

Die „Rochenschau“ derselben Nummer des Gewerksvereins enthält eine längere Notiz, die folgendermaßen beginnt:

Der Metallarbeiter-Verband lenkt ein! Er veröffentlicht im Vorwärts vom gestrigen Sonntag eine „Klarstellung“, worin gesagt wird, daß er nirgendwo die Forderung aufgestellt habe, daß die Unternehmung mit ihm verhandeln sollten. Allerdings sei eine Unterhandlung von Organisation zu Organisation herbeizuführen versucht worden; nachdem dies aber von den Unternehmern und ihrer Organisation abgelehnt worden sei, habe der Metallarbeiter-Verband die Unterhandlungen den beteiligten Arbeitern überlassen. Die zweite dem Frieden im Wege stehende Forderung eines Mindestlohnes spiele im gegenwärtigen Kampfe eine ganz untergeordnete Rolle und habe dieselbe auch nirgendwo den Anlaß zu einem Ausstand gegeben.

Wenn die Epithete: „Der Metallarbeiter-Verband lenkt ein!“ einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß der Metallarbeiter-Verband im Anfang der Formbewegung die formelle Anerkennung der Organisation und einen allgemein gültigen Mindestlohn gefordert und erst nachträglich von diesen beiden Forderungen abgesehen hat. Wenn der Gewerksverein nicht den Vorwurf der böswilligen Fälschung auf sich sitzen lassen will, so wird er den Beweis dafür antreten müssen, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit seinem Rundschreiben vom 17. Mai tatsächlich eine Änderung seiner Politik eingeleitet habe. Also: Heraus mit euren Fälschungen!

Was wir hier vom Gewerksverein sagten, gilt genau ebensoviel der Mitteldeutschen Volkszeitung, einem in Weiskirchen erscheinenden Blättchen, das sich als Selbstkäufer bedient, ebenso zu rümpfen und zu spucken wie die von den Berliner Generalhirschen geleiteten Blätter. Wir gehen wohl nicht fehl, daß die von diesen beiden Blättern verbreiteten Fälschungen im ganzen Hirsch-Dunderfischen Blätterwäldchen „begeisterten Widerhall“ finden werden und daß wohl keines jenseit der Wahrheit die Ehre geben wird, daß es seinen Lesern den wahren Sachverhalt mitteilt, denn das Verdrehen und Verdächtigen gehört zum Geschäft dieser Unternehmernappen.

Gleichfalls als Fälschung der Wahrheit zu betrachten ist die Art und Weise, wie der Regulator in seiner Nr. 21 vom 25. Mai über die Organisationsform in England schreibt. In seinem Leitartikel: „Arbeiterkämpfe und praktischer Fortschritt“ läßt er sich folgendermaßen vernehmen:

In Deutschland bestehen auch wie in England für die Metallarbeiter verschiedene Organisationen; darüber aber in England die verschiedenen Gewerksvereine derselben Berufs in einem Dingen nicht zusammenarbeiten, da sie weder durch parteipolitische noch kirchliche Strömungen auseinander gehalten werden, besteht in Deutschland anzunehmen das Bestehen, die Gesetzgebung in Anspruch zu nehmen, um endlich die Organisationsform richtig finden zu stellen und angelehnt der Erfahrungen, dem Unternehmertum Anerkennung der Organisation und Tarifverträge abzurufen, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den vorhandenen Organisationsformen desselben Berufs.

Die Schuld liegt dann, daß in Metallberufen der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die vielen Hunderttausende Metallarbeiter und in weiterer Folge alle die Millionen in den Fabriken und Betrieben beschäftigten verschiedenen Berufsarbeiter in einen einzigen Industrieverband hineinzwingen will. Ein wahrnehmbares Hindernis! ... Ein großer Teil der in den Organisationsformen liegenden Kraft wird durch den gegenseitigen prinzipiellen Kampf ausgezehrt, dabei Hände gar nichts im Wege, ähnlich wie in England, die verschiedenen Organisationsformen miteinander arbeiten zu lassen (Wir müssen dieses geschwätzte Deutsch leidet natürlich hängen. Reduktion der Metallarbeiter-Zeitung); es dürfte nur, ebenfalls wie in England, die Partei- und Klassenpolitik aus dem Spiel gelassen werden. Dieser einzig richtige Weg, auch in Deutschland praktische Fortschritte prinzipieller Natur durchzuführen, nehmen die deutschen Gewerksvereine ein, und es muß immer und immer wiederholt werden und wenn die anderen Organisationen auch so groß sind, sie, die deutschen Gewerksvereine werden auch diesen ihren Standpunkt der gesamten Arbeiterbewegung aufdrängen, weil er der einzig mögliche für die deutsche Arbeiterklasse ist, aus ihrem heutigen Dilemma herauszuführen.

Es ist eine Fälschung, wenn behauptet wird, der Deutsche Metallarbeiter-Verband wolle alle die Millionen der verschiedenen Berufsarbeiter in einen einzigen Industrieverband hineinzwingen. Das beabsichtigt er nur für die Metallarbeiter. Das gleiche Bestreben hat ja auch der Gewerksverein der Kupferarbeiter und Metallarbeiter, zu diesem Zwecke hat er vorigen Herbst sogar den Gewerksverein der Kupfer- und Metallarbeiter „verpflichtet“. Aber „die vielen Millionen“ erhält der Gewerksverein der Kupferarbeiter und Metallarbeiter nie und nimmer, die deutschen Metallarbeiter sowohl als die große Masse der übrigen Arbeiter wollen nur dem Hirsch-Dunderfischen Hundsbag nichts wissen, sie werden sich ihrem Standpunkt nicht aufdrängen lassen.

In einem zweiten Artikel: „Englische Arbeiterkämpfe“ heißt es: „Bedeutung der Organisationsform ist zu beachten, daß eine einseitige Organisation für alle Eisen- und Metallarbeiter in England nicht besteht. In deren Stelle finden wir eine Anzahl Organisationen, deren Lebenszweck für die Eisen- und Metallarbeiter der Gewerksverein der Kupferarbeiter sein dürfte.“

Es ist ein dem Herrn „Deutscher“ in England günstig entgegen zu sein, daß zwischen den Mitgliedern verschiedener Gewerksvereine (Kupferarbeiter und Kupferarbeiter oder Kupferarbeiter und Metallarbeiter — Plumber) sehr oft „Abgrenzungskämpfe“ (demarcation disputes) entstehen, die ihnen oft zu Arbeitsstörungen geführt haben. Diese Abgrenzungskämpfe bestehen darin, daß Mitglieder verschiedener Gewerksvereine für sich das alleinige Recht beanspruchen, bestimmte Arbeiten auszuführen zu dürfen. Oftmals, wenn die Mitglieder jeder Partei sich bereit machen, deswegen die Arbeit zu verlassen, hat der Unternehmer seinen Neck aufzugeben, die Arbeit selber auszuführen und so dem Streik ein Ende gemacht. Inzwischen sind auch recht häufige Fälle vorgekommen, „Importation“ vorzunehmen, um den Frieden wieder herzustellen. Gena so haben ja-

stand kann natürlich nur so ein naives Hirsch-Dunderlein für erstrebenswert ansehen. Freilich, Streikbrecherorganisationen haben dort noch keinen festen Fuß fassen können, ebensowenig solche Organisationen, die ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet worden sind, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben.

Nach dieser Leistung kann man sich schon im voraus ein Bild davon machen, was die Herren „berichten“ werden, wenn sie wieder zurückgekehrt sein werden. Wie man in England über sie denkt, geht aus folgender Notiz hervor, die in dem offiziellen 27. Vierteljahrsbericht der Allgemeinen Föderation der Gewerkschaften (General Federation of Trade Unions) vom 19. April 1906 enthalten ist:

Delegation von Gewerkschaftlern aus Deutschland. Wir haben von einem Herrn in London eine Mitteilung erhalten, wonach eine Delegation von deutschen Gewerkschaftlern am Ende dieses Monats dieses Land besuchen und uns um eine Unterredung angehen wird. Entsprechend unserem internationalen Abkommen mit den kontinentalen Föderationen haben wir uns mit Deutschland in Verbindung gesetzt und finden, daß die genannte Delegation aus Gewerkschaftlern besteht, die zu den Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereinen und den christlichen Gewerkschaften gehören und von der Gesellschaft für Sozialreform hinübergeleitet wird. Da als anerkannte Föderation der Gewerkschaften Deutschlands die „General-Kommission“ gilt, die in Harmonie mit der deutschen sozialistischen Partei wirkt, und da die General-Kommission, die die weitest größte Föderation der Gewerkschaften Deutschlands darstellt, in keinerlei Weise identisch mit dem angezeigten Besuch ist, können dessen Teilnehmer kaum als Vertreter der deutschen Gewerkschaften betrachtet werden. Wir beantragen jedoch, den Delegierten ein Interview zu bewilligen und, während wir ihnen... die gewünschten Informationen über die Bewegung in diesem Lande gewähren, hoffen wir, sie überzeugen zu können, daß das Wohl der Arbeiter nicht gefördert wird dadurch, daß man sie in Sektionen zersplittert, entweder in christliche oder in heidnische, sondern indem man sie vereinigt auf der einen gemeinsamen Basis der Arbeit.

Das Non-plus-ultra einer Fälschung bringt aber dieselbe Nummer des Regulator in folgender Notiz, die wir wörtlich abdrucken und der wir zu besserer Würdigung die betreffende Stelle aus unserem Blatte beifügen.

Regulator, Nr. 21. Seite 93.
Gewerksvereiner!

In welchem Tone das offizielle Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die „Metallarbeiter-Zeitung“, über 52000 ehrenhafte Gewerksvereiner spricht“ zeigt sie in ihrer Nr. 20, sie schreibt: „Wir haben jetzt wichtigeres zu tun, als uns mit diesen Burkschen und ihren Treibeibern zu beschäftigen.“ Doch aufgehoben ist nicht aufgehoben.“

Wenn die anständigen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes irgendwo Solidarität von Gewerksvereinen verlangen, dann zeigt ihnen obige Beschimpfung und erklärt: so lange ihre Hauptleistung keine andere Stellung dem Gewerksverein gegenüber einnehme, sei untereinander Solidarität unmöglich.

So, damit haben wir es den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und den anständigen Mitgliedern des Gewerksvereins ermöglicht, der Sache genau auf den Grund zu gehen. Wiederholt haben wir schon hervorgehoben, daß wir die Gesamtheit der Mitglieder des Gewerksvereins keineswegs für die schandbare Handlungsweise ihrer Führer verantwortlich machen, wir haben uns wohl gehütet, die Gewerksvereiner mit den Oberhirschen und Generalhirschen zu identifizieren. Nur der Regulator bringt es fertig, die in unserer Nr. 20 enthaltene Kritik ihrer Führer in eine „Beschimpfung“ der gesamten Mitgliedschaft auszufälschen.

Wir sind keine Freunde von dem § 11 des Pressgesetzes. In diesem Falle haben wir ihn aber doch einmal anwenden müssen, indem wir der Redaktion des Regulator, zu Händen des Herrn Wilhelm Gleichauf, am 25. Mai folgende Berichtigung zusandten:

Wir verlangen auf Grund des § 11 des Pressgesetzes die Aufnahme folgender Berichtigung in Nr. 22 des Regulator:

Es ist nicht wahr, daß die Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 20 über die 52000 ehrenhaften Gewerksvereiner so spricht, wie in Nr. 21 des Regulator auf Seite 93 behauptet wird. Den zwei im Regulator zitierten Sätzen gehen vielmehr folgende voraus: „In dem Protokoll (gemeint ist das des Metallindustriellen-Verbandes über die Sitzung vom 2. Mai) ist besonders der Passus für uns noch von großem Interesse, daß nur sozialdemokratischen Organisationen angehörige Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Die christlichen und Hirsch-Dunderfischen Führer haben damit ihren Lohn hinweg, den sie sich seit Einleitung der Formbewegung in so reichlichem Maße zu verdienen alle Mühe gegeben haben.“

Man darf nun darauf gespannt sein, welche Wippen und neuen Fälschungen der Regulator nun wieder produzieren wird.

An den Pranger!

Ein frevelhaftes Spiel ohnegleichen haben die Hirsch-Dunderfischen Führer bei dem jetzigen Kampfe in der Metallindustrie geschrieben, dessen Schändlichkeit in seinen Einzelheiten vom Beginn der Formbewegung an einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben muß. Aber in den letzten Tagen haben sie eine Lat begangen, so ruchlos und so niederträchtig, daß es schwer ist, daran zu glauben. Doch das Unglaubliche ist wirklich geschehen. Am 18. Mai tagte in Düsseldorf eine Versammlung, in der folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung, einberufen vom Gewerksverein der Maschinenbauer, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den geplanten Maßnahmen der Unternehmer der Metallindustrie. Die einfachsten Forderungen der Arbeiter sollen mit den Hungerstreichen für 300000 Familien niedergeschlagen werden. Selbsttötung geht man über alle Interessen der Industrie und des Handels hinweg.“

Die Arbeiter stehen in Ruhe den Streichen eines revolutionären Unternehmertums entgegen, in dem früheren Bewußtsein der Gerechtigkeit der Arbeiterfrage, die über Hochmut und Verstandlosigkeit siegreich hinwegschreitet. Für ihre Pflicht und ihre Freiheit werden die Arbeiter auch nicht das Opfer des Hungers scheuen. Einmal müssen diese Kämpfe doch ausgetragen werden.

In Verharnak auf den endlichen Sieg ihrer Sache erklären es die verarmten Arbeiter für unter ihrer Würde, ihre Organisationsfähigkeit für verlernt zu lassen, sondern verpflichten sich, sich offen als organisierte Arbeiter zu bekennen.

Die Versammlung gibt ihrer Ansicht dahingehend Ausdruck, daß hauptsächlich der an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen, beson-

ders betreffend die Minimallohne und Tarifverträge, die Forderungen der Arbeiter dieselben sind, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Organisationen.

Die Verfassung fordert die Hauptvorstände der deutschen Metallarbeiterorganisationen auf, zur Herbeiführung einer einheitlichen Leitung gegen die bevorstehende Unternehmerrutalität eine gemeinsame Kommission zu bilden, die alle Anweisungen für alle Arbeiter gemeinsam ausübt.

Als diese Resolution in der Presse veröffentlicht wurde, glaubten sogar sozialdemokratische Blätter in ihr eine wirkliche Solidaritätserklärung erblicken zu können. Auch der „Generalrat“ des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter gab sich den Anschein, als ob er hinter der Resolution einen Sinn erblicke, der mit seinen Intentionen nicht übereinstimme, und er ließ deshalb durch die bürgerliche Presse folgende Notiz verbreiten:

„Der Generalrat des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter sieht sich durch die in der Versammlung des Ortsvereins Düsseldorf am Freitag den 18. Mai gefasste und in der Presse verbreitete Resolution, welche zu der geplanten großen Aussperrung in der Metallindustrie Stellung nimmt, veranlaßt, die Erklärung abzugeben, daß der Generalrat des Gewerkschafts der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter nach wie vor jede Solidarität mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband für alle aus der jetzigen Formerbewegung entstehenden Folgen ablehnt.“

Das Organ der Herren Erkelenz und Börsch in Düsseldorf veröffentlichte diese Erklärung mit der einleitenden Spitze: „Der bleiche Schrecken oder das Herz in den Hosentaschen.“ So zutreffend diese Charakterisierung des „Generalrats“ auch ist, so ist das ganze Gebahren des Düsseldorf-Organisationsorgans, die Düsseldorf-Protokolle und die Erklärung des Generalrats selbst nichts anderes als eine elende Komödie, die man der Öffentlichkeit und den Mitgliedern des Gewerkschafts vorspielt. Denn beide, der Generalrat in Berlin und die Düsseldorf-Macher, handeln im vollen Einverständnis! Durch Mitglieder des Gewerkschafts gelangten wir in den Besitz eines Zirkulars, das der „Generalrat“ an seine örtlichen Funktionäre hinausgegeben und das folgenden Wortlaut hat:

An unsere Mitglieder!

Kollegen! Die heutigen Kämpfe in der Metallindustrie, die fortgesetzt an Schärfe der Kampfart und an Ausdehnung zunehmen, haben in letzter Zeit seitens der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Abwehrmaßnahmen gezeitigt, denen wir vom Standpunkt unseres Gewerkschafts aus unter keinen Umständen zustimmen können.

Wiederholt ist von der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sobald die Unternehmer mit der Aussperrung einsehen und von den Arbeitern Angaben verlangen, ob und wo sie organisiert seien, die Parole ausgegeben worden:

Ihr Mitglieder des großen mächtigen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, habt euch nicht als solche zu bekennen, sondern müßt eure Organisation verleugnen.

Kollegen! Welches Zeichen der Schwäche, welches ängstliche Zurückweichen vor etwa drohender Gefahr! Und was noch schlimmer ist: Welch frivole dreiste Aufforderung, Heuchler unter den Arbeitern großzuklagen.

Kollegen! Zu einem solchen Tun werden sich die Hauptleitung und die Mitglieder des Gewerkschafts nie und nimmer herabwürdigen. Uns ist das freie, offene Bekenntnis, Gewerkschaftsmitglieder zu sein, eine heilige Pflicht, von der wir uns durch nichts abdrängen lassen. Wir werden die Zugehörigkeit zu unserer Organisation nie verleugnen. Das halten wir für feige, für unwürdig eines jeden ehrlichen Arbeiters.

Auch jetzt drohen seitens der Unternehmer wiederum gewaltige Aussperrungen, die sich über ganz Deutschland erstrecken sollen, und auch jetzt schon wird wiederum seitens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Mitgliedern derselben empfohlen, bei etwaigen Umfragen der Unternehmer sich als unorganisiert zu bezeichnen.

Kollegen! Wir tun das nicht, wir appellieren an eure Gewerkschaftsgemeinschaft, wir fordern euch auf: Bekennt euch zu jeder Stunde zu jeder Zeit offen und frei als Gewerkschaftler, ganz gleich, wer diese Erklärung von euch fordert. Verlangt das Unternehmertum, daß die Arbeiter angehen sollen, ob sie organisiert sind und welcher Organisation sie angehören, dann gibt es für euch keine andere Antwort als die: Ich bin Mitglied des Gewerkschafts der Deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter.

Das ist die Richtschnur für euch, von der unter keinen Umständen abgewichen werden darf und der Generalrat erwartet, daß ihr alle diese Ehrenpflichten erfüllen werdet. Weiter weist der Generalrat nochmals darauf hin, daß von keinem unserer Außenbeamten, von keinem Ausschuss- oder Ortsvereinsmitglied irgend eine bindende Abmachung in Form und Inhalt einer Solidaritätserklärung mit anderen Organisationen bei eintretender Aussperrung eingegangen werden darf, bevor nicht die Hauptleitung ihre Zustimmung gegeben hat. Bei Zuwiderhandlungen würde seitens des Generalrats jede Unterstützung an die Betreffenden verweigert werden.

Diese Anordnungen sind seitens der Ortsvereinsausschüsse sofort allen Mitgliedern bekannt zu machen und wird es sich zu diesem Zweck empfehlen, entweder in Mitgliederversammlungen dieses Flugblatt zur Verteilung zu bringen oder sofort Vertrauensmännerstellungen einzuberufen und in diesen obige Anordnungen bekannt zu machen. Die Vertrauensmänner selbst haben dann die Kollegen in den Fabriken über ihr Verhalten genau zu instruieren.

Der Generalrat des Gewerkschafts

der deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter:

W. Gleichauf, J. Dornblüth, H. Balbt,
Vorstand, stellvert. Generalsekretär, Schatzmeister.

Was in diesem Schriftstück den Mitgliedern des Gewerkschafts angeordnet und empfohlen wird, ist, daß sie einen Schurkenstreich begehen und ihre Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband indirekt in Masse denunzieren sollen! Jeder freisinnige und ehrliche Mensch ist empört über die Gefinnungslosigkeit, gleichviel ob sie von Behörden oder Unternehmern ausgeht, aber der „Generalrat“ will, daß die — angeblich 52000 — Mitglieder des Gewerkschafts sich zu Denunzianten erniedrigen. Und er hält sich dabei noch in das Gewand der Tugend, redet von „freier, offener Bekenntnis“, „heiliger Pflicht“, „Ehre“ u. s. w. Die Durchkreuzung der Pflicht der Unternehmer nennt er Heuchelei, Feigheit — er beschimpft damit nicht nur die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sondern alle die, die von jeher für die Wahrung des Koalitionsrechtes ehrlich eingetreten sind. Diese modernen Taktikschritte beschuldigen den Deutschen Metallarbeiter-Verband der Schwäche, legen sich aber zu gleicher Zeit vor den Unternehmern platt auf den Bauch. Oder ist es etwa nicht so? Der Metallindustriellen-Verband hat beschlossen, nur sozialdemokratische Arbeiter, vornehmlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörige aus-

zusperren, die einzelnen Unternehmer wollen die Auslese vornehmen — in demselben Moment, wo also feststeht, daß Gewerkschaftler nicht ausgesperrt werden, befiehlt der „Generalrat“, sich offen als Gewerkschaftler zu bekennen. Ist das etwas anderes als ein klavisches Beugen vor den Unternehmern, ein verächtliches Wuhlen und Winkeln um deren Gunst und Gnade? „Der bleiche Schrecken oder das Herz in den Hosentaschen!“

Nicht weniger verächtlich und nichtswürdig wie die Tat des „Generalrats“ ist das, was die Düsseldorf-Macher im Einverständnis mit ihm der Welt vorgekauften. In der Düsseldorf-Resolution ist die gleiche Infamie enthalten, wie im Zirkular des „Generalrats“, sie ist nur unter einem Schwall von Phrasen verborgen, die zur Täuschung der Versammlung und der Öffentlichkeit bestimmt waren. Wer anderer Meinung sein will, den wird der Herr Erkelenz sofort eines besseren belehren, wie wir unanfechtbar beweisen können. Die Badisch-Pfälzische Volkszeitung, ein in Mannheim erscheinendes Blatt, in dem die badisch-pfälzisch-heffischen Oberhäupter ihre Notdurft ablagern, wagte es, gegen die Düsseldorf-Resolution einige schülerhafte Bemerkungen zu machen. Der red- und schreibselige Erkelenz ließ darauf dem Blatte einen Schreibbrief zugehen, den es in seiner Nr. 121 vom 25. Mai veröffentlicht. Erkelenz schreibt:

„Gemeinlich ist es üblich, bei der Beurteilung eines Entschlusses, einer Resolution u. d. Inhalt dieser Resolution für das Urteil entscheiden zu lassen. Sie sind in ähnliche Fehler gefallen, wie der Generalrat des Gewerkschafts der Maschinenbauer, der die Resolution nicht nach ihrem Inhalt beurteilt hat, sondern nach den Kommentaren, welche die Presse daran knüpfte. Das wird natürlich immer ein schiefes Urteil geben. — Wo enthält unsere Resolution eine Stellungnahme zugunsten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes? Wo enthält sie irgend eine Entscheidung über die bis heute vom Generalrat eingenommene Stellung in Sachen der Metallarbeiteraussperrung hinaus? Nirgends! Die Hauptleitung hat die Parole ausgegeben: wo die Unternehmer sich nach der Organisationsangehörigkeit der Arbeiter erkundigen, offen zu bekennen: Wir sind Gewerkschaftler! Das steht mit aller Deutlichkeit in der Resolution drin. Der Generalrat hat die Beamten und Mitglieder angewiesen, im Falle der Aussperrung keine Stellung zu nehmen, ohne vorher mit der Hauptleitung verhandelt zu haben. Keine Zeile in der Resolution sagt, was wir tun, wenn die Aussperrung in Kraft tritt. Woher will uns nun was? Und wo steht irgendwo vom Generalrat aus, daß die Forderungen im Prinzip nicht berechtigt seien?“

Die näheren Beweggründe unserer Resolution entziehen sich an dieser Stelle der Wiedergabe. Nur dürfte es interessieren zu erfahren, daß am vergangenen Dienstag in der Redaktion der Westdeutschen Abendpost eine Besprechung mit zwei Vertretern des Generalrats der Maschinenbauer stattgefunden hat, und zwar mit dem Vorsitzenden, Herrn Wilh. Gleichauf, und dem Generalsekretär Herrn Gustav Hartmann. — Diese Aussprache ergab zunächst, daß insolge einiger in den letzten Wochen in der W. A. P. erschienenen Artikel, die ohne Zusammenhang mit der Metallarbeiterbewegung schon vor sechs Wochen geschrieben waren, und nur wegen Stoffandrang nicht eher abgedruckt wurden (Der Satz ist in dem Mannheimer Blatt nicht zu Ende gedruckt. — Red. der Metallarb.-Ztg.)

Weiter ergab diese Aussprache, daß keinerlei nennenswerte Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalrat und den Düsseldorf-Gewerkschaften, sowie der Redaktion der Westdeutschen Abendpost vorhanden sind, und daß also die Erklärung des Generalrats auf einer völlig irrtümlichen Auslegung der Düsseldorf-Resolution beruhe. Die nächsten Tage werden darüber Aufklärung bringen.

Etwas eigentümlich ist es, daß die Redaktion der Badisch-Pfälzischen Volkszeitung denselben Salto mortale macht, den sich das Berliner Tageblatt geleistet hat, indem es erklärte, durch die Düsseldorf-Resolution werde die Lage wesentlich verschärft. — Man weist uns hin und wieder vor, wir hätten ein gut entwickeltes Selbstbewußtsein. Soweit ist aber unser Selbstbewußtsein noch nicht geblieben, daß wir annehmen, in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung in Düsseldorf würde darüber entschieden, ob und wie die Metallarbeiteraussperrung stattfinden. Man unterschätzt uns hier eine Macht, die wir nicht besitzen. — Wenn Sie von momentaner Gefühlswallung sprechen, so sei Ihnen im Vertrauen mitgeteilt, daß wir über die Zeit hinaus sind, wo wir in momentanen Gefühlswallungen Resolutionen annehmen. — Ferner sollen Sie in den Fehler, den auch andere Blätter machten, als Sie von einer Stellungnahme des Düsseldorf-Ortsvereins reden, während es sich um den unverbindlichen Entschluß einer öffentlichen Versammlung handelt, was auch deutlich in der Resolution selbst steht. Ich resümiere:

Wir haben keinen Schritt getan, der über die vom Generalrat vorgezeichneten Maßnahmen hinausgeht.

Wir haben uns für die Zukunft völlig freie Hand gelassen.

Wir gehen mit dem Generalrat vollständig konform in bezug auf die einzunehmende Stellung.

Und unsere Beweggründe und Absichten sind seit Wochen leitenden Personen des Generalrats bekannt und von Ihnen gebilligt.

Damit fallen alle irrtümlichen Auslegungen sowohl unserer Resolution wie der Bekanntmachung des Generalrats.

Erkelenz.“

Als „irrtümliche Auslegung“ betrachtet es Erkelenz also vor allen Dingen, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften den Zweck haben könnten, Arbeiterinteressen zu vertreten. Mögen das edle Brüderpaar Gleichauf-Erkelenz und die übrigen Generalratsmitglieder der Maschinenbauer in Zukunft reden und schreiben, was sie wollen, sie sind nun gerichtet — sie haben sich selbst gerichtet, sie stehen

am Schandpfahl!

Zur Formerbewegung.

Zweiter Bezirk.

Breslau. Am 26. Mai wurde bei Kemna auf Grund der Dresdener Bedingungen, mit der Abänderung, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit über eine angemessene Lohnerhöhung verhandelt werden soll, eine Einigung erzielt. Bei der Maschinenbauanstalt haben sich die Verhandlungen erschlagen, die Beschlußfassung über die Wiederaufnahme der Arbeit bei dieser Firma wurde aber ausgesetzt.

Vierter Bezirk.

Berichtigung. In den in voriger Nummer enthaltenen Einigungsbedingungen für Dresden ist im 8. Punkte ein Fehler enthalten. Der Schlußsatz lautet: Maßnahmen von streikenden und ausgesperrten Arbeitern (nicht Formern und Gießereiarbeitern!) werden nicht stattfinden.

Fünfter Bezirk.

Braunschweig. Am 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, fand eine Form- und Gießereiarbeiterversammlung statt, in der dem Antrag der Siebenerkommission gemäß folgende Resolution einstimmig an-

genommen wurde: „Die heute tagende Versammlung der Form- und Gießereiarbeiter Braunschweigs beschließt, die vorgeschlagenen Einigungsbedingungen der Siebenerkommission anzuerkennen und für die einzelnen Betriebe die Verhandlungskommissionen zu wählen.“ Der Bezirksleiter Böß hob die Wichtigkeit des nun gefassten Beschlusses hervor. Wenn auch damit der Friede noch nicht erreicht sei, so sei doch zu hoffen, daß bei dem versprochenen Entgegenkommen der Unternehmer eine Einigung erzielt werden könne. Der Leiter der Versammlung gab seiner Freude über die Einigkeit der Form- und Gießereiarbeiter Ausdruck; nur einer sei als „Meister“ abgefallen. Mit einem Hoch auf die Einigkeit der Streikenden wurde die Versammlung geschlossen. Nach der Antwort der Siebenerkommission der Unternehmer vom 21. Mai konnten die Einigungsbedingungen nach den Protokollen und brieflichen Vereinbarungen von der Siebenerkommission der Arbeiter wie folgt formuliert werden: Die Einigungsbedingungen für die Differenzen in den Gießereibetrieben und für die Aussperrung in der Metallindustrie Braunschweigs lauten nach dem Beschluß der Form- und Gießereiarbeiterversammlung vom 22. Mai 1906, nachdem die Unternehmervorschläge zur Lohnerhöhungsfrage angenommen und die Unternehmerantwort vom 21. Mai 1906 zur Kenntnis genommen ist, wie folgt:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt längstens 10 Stunden.
2. Die Überarbeitszeit soll im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglichst vermieden werden. Kommen Fälle vor, in denen Überarbeitszeit nicht zu vermeiden ist, soll jede Stunde mit 25 Prozent, aber mindestens 10 Pfennig Zuschlag bezahlt werden, wenn die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde überschritten wird.
3. Der Stundenlohn für Form- und Gießereiarbeiter wird ihren Leistungen entsprechend vereinbart und gewährleistet. Die Lohnfrage wird zwischen den einzelnen Werkleitungen und einer Kommission ihres Gießereipersonals geregelt. Da, wo bislang angemessener Stundenlohn noch nicht bezahlt werden sollte, empfiehlt die Siebenerkommission der Arbeitgeber eine entsprechende Lohnerhöhung.
4. a. Die Mitteilung des Akkordpreises an die Arbeiter soll vor Übernahme jeder Arbeit erfolgen. Wo solche Einrichtung noch nicht besteht, wird für deren Einrichtung Sorge getragen werden. Die volle Auszahlung des verdienten Akkordbetrags ist selbstverständlich.
4. b. Bestehende und vereinbarte Akkordpreise werden nur dann einer Reduktion unterzogen, wenn dies durch die Änderung in der Konstruktion oder Arbeitsmethode begründet ist. Dieselben gelten dann auf mindestens sechs Monate und werden Veränderungen nur nach vorausgegangener Vereinbarung vorgenommen.
4. c. Es wird anerkannt, daß, wenn kein Verschulden des Arbeiters vorliegt, derselbe mindestens den vereinbarten Stundenlohn bei Ablauf der Lohnperiode ausbezahlt erhalten muß.
5. Fehlgang soll, wenn nicht Böswilligkeit vorliegt, mit zwei Drittel des festgesetzten Akkordpreises, mindestens in der Höhe des vereinbarten Stundenlohnsatzes entschädigt werden.
6. In den Betrieben, wo dem einen oder anderen Wunsche zu Punkt 6 nicht im vollen Umfang Rechnung getragen ist, wird darauf hingewirkt werden, daß die betreffenden Einrichtungen baldmöglichst getroffen werden.
7. Maßregelungen von streikenden und ausgesperrten Arbeitern finden nicht statt. Sollten einzelne Arbeiter aus wichtigen Gründen in den früheren Betrieben nicht wieder eingestellt werden können, so soll dies nicht als Maßregelung angesehen werden, sofern die zurückgebliebenen Arbeiter zuerst bei Neueinstellungen berücksichtigt werden.
8. Die Beilegung der schwebenden Differenzen erfolgt zugleich mit der Beilegung in Hannover, Dresden und Breslau.
9. Das Arbeitswillige in keiner Weise belästigt werden, wird als selbstverständlich angesehen.

Diese Bestimmungen haben die Anerkennung der Siebenerkommission der Unternehmer gefunden.

In Hannover haben weitere Verhandlungen stattgefunden. Da aber die Unternehmer sich bei der Lohnfrage vollkommen ablehnend verhielten, so beschloß am 25. Mai eine Versammlung der Streikenden eine Resolution, in der sie den unbefriedigenden Verlauf der Verhandlungen bedauert, aber die Verhandlungen fortgesetzt wissen will. Komme es jedoch zur Aussperrung am 2. Juni, so lehnte sie alle Verantwortung dafür ab.

Dritter Bezirk.

Kugsburg. Der bayerische Metallindustriellen-Verband will auch seine Aussperrung haben! Am 25. Mai erließ er den Maß: Wenn die Form- und Gießereiarbeiter der Firma Klein dießel & Co. und Chr. Fischer nicht bis zum 26. Mai erklären, daß sie bereit sind, Gegenvorschläge zu machen, und wenn diese bis zum 29. Mai nicht zur Einigung geführt haben, würden die Kugsburger Verbandsfirmen mit Aussperrungen in größerem Umfang vorgehen, eventuell würde die Aussperrung auch auf die anderen (bayerischen) Betriebe ausgedehnt. Die bayerischen Scharfmacher geben als Grund zu dem Maß an: die „Arbeitnehmer“ der beiden Firmen hätten die Vorschläge der „Arbeitgeber“ bei den Unterhandlungen nicht angenommen, sich aber auch geweigert, Gegenvorschläge zu machen. Das ist nicht wahr! Die Kommission der „Arbeitnehmer“ hat wiederholt mündlich Gegenvorschläge gemacht, allein die Herren Gießereibesitzer wollten gerade in den Punkten Stundenlohn und Gehaltszuschuß nichts genehmigen. Ein Herr hat sogar noch Abzüge empfohlen. Wiederholt haben die Arbeiter auch erklärt, daß sie jederzeit zu Unterhandlungen bereit sind.

Zum Kampfe in der Metallindustrie.

Die Situation ist beim Abschluß dieser Nummer so, daß es zweifelhaft erscheint, ob die für den 2. Juni angekündigte Aussperrung ins Werk gesetzt werden wird. Die Uneinigkeit der Unternehmer ist sehr groß, in manchen Orten herrscht sogar heillose Verwirrung. Nur gezwungen, unter dem Terrorismus der Scharfmacher, haben sie teilweise ihren Arbeitern gekündigt oder die Entlassung für den 2. Juni angedroht. Viele haben es aber trotz aller Bemühungen der Scharfmacher abgelehnt dem Beschluß des Metallindustriellen-Verbandes nachzukommen. In Frankenthal haben alle Firmen bis auf eine (Klein) die Kündigungen wieder zurückgezogen. Schuld daran, daß die Aussperrung nicht als abgemeldet betrachtet werden kann, sind die Unternehmer oder deren Kommission in Hannover. Es würde heute zu weit führen, näher auf deren Zumutungen an die Arbeiter und die bei den Verhandlungen angewandten Winkelzüge einzugehen, es wird das aber auf Grund der Protokolle noch nachgeholt werden. Indessen haben auch die Unternehmer in Dresden und Braunschweig alles Interesse daran, daß bald Friede eintritt, von Dresden ist Herr Direktor Minckwitz eigens nach Hannover gereist, um in diesem Sinne zu wirken. Leider ist in Dresden selbst wieder ein Konflikt bei Seibel & Naumann ausgebrochen, der aber auf den Friedensschluß keinen Nachteil ausüben wird. Haben sich doch inzwischen in Breslau die „bestrauten“ zwei Firmen zu Verhandlungen herbeigelassen. Waren diese auch nur bei Kemna erfolgreich, so wird die Maschinenbauanstalt wohl kein Hindernis bilden.

Die Scharfmacher im Verband der Metallindustriellen haben jetzt nicht gerade angenehme Tage. Ihre „feine“ Aussperrungstaktik erweist sich immer mehr als ein recht ungeschickter Pfad, ins Wasser und hat sie bei ihren Klagengeößen — wie aus verschiedenen Anzeichen hervorgeht — recht stark in Mißkredit gebracht. Sie suchen nun zu retten, was sie glauben noch retten zu können. Deshalb schreibt die Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 20 vom 20. Mai:

Die Gegenbewegung im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, welche zu dem Beschluß vom 14. Mai geführt hat.

fationsleitung, über die Firma Schwindt & Co. so lange die Sperre zu verhängen, bis diese bereit ist, das Organisationsrecht der Arbeiter anzuerkennen."

Karlsruhe. Die mühevollen und aufopfernde Agitations- und Organisationsarbeit hat uns Erfolge gebracht. Am 1. April 1906 hatten wir bei 80 Mitgliedern unserer Kollegen Kückert als Geschäftsführer angestellt und seit dieser Zeit geht es hier trotz der großen Hindernisse, die uns in den Weg gelegt wurden, ununterbrochen vorwärts. Am 6. April dieses Jahres hatte die Zahl unserer Mitglieder 2100 bereits überschritten. Man mußte deshalb zur Umstellung eines zweiten Beamten Stellung nehmen, um die gewonnenen Positionen besetzen zu können. Nahezu einstimmig hat unsere im April abgehaltene Versammlung an geheimer Abstimmung beschlossen, den bisherigen Bevollmächtigten H. Sauer anzustellen und nach den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung zu befehlen. Ein weiteres erfreuliches Zeichen ist ferner die Tatsache, daß der vom Hauptvorstand ausgeschriebene Ortsbeitrag von 25 Pf. von unseren Mitgliedern nicht nur gut aufgenommen, sondern auch gleichzeitig zu einer intensiven Agitation benutzt wurde, um die Zahl derer, die Opfer bringen müssen, recht groß zu gestalten, ein Beweis dafür, daß auch hier ein guter Geist unter den Metallarbeitern Platz gegriffen hat. — Nach längeren Vorberatungen ist endlich eine Vereinigung der Verwaltungsstelle Durlach mit der hiesigen beschlossen worden. Am Donnerstag den 17. Mai fand die entscheidende außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Durlach statt. Fast alle Durlacher Mitglieder waren erschienen. Kollege Kückert sprach zunächst unter lebhafter Zustimmung der Versammlung über die jetzigen Misstände in der deutschen Metallindustrie und über unsere Maßnahmen. Hierauf begründete Kollege Sauer den Verschmelzungsantrag und führte den Kollegen alle die wichtigen Gründe vor, die eine Vereinigung notwendig machten. Zugleich erläuterte er die Form und die Bedingungen, unter denen die Verschmelzung vor sich gehen sollte. Die Diskussion hierüber war nur zustimmender Natur und bei der Abstimmung ergab sich die einstimmige Annahme des Antrags auf Verschmelzung. — Kollegen von Durlach und Karlsruhe, nun gilt es, mit vereinten Kräften zu arbeiten, um alle uns noch fernstehenden Kollegen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu gewinnen.

Magdeburg. Hier sollten plötzlich und überall zugleich in den Fabriken Lützen herumgerichtet werden, in die sich die Unorganisierten einschließen sollten. Unsere Ortsverwaltung, die rechtzeitig von dem Plane Kenntnis erhielt, gab in der Volksstimmung die Parole aus: Alles unterstreicht! Darauf wurden die Lützen nicht ausgegeben. Die Firse haben darauf ihre Mitgliederlisten selbst eingereicht. Die Richtung Gleichauf-Hartmann-Trabert hat den Gemertverein herrlich weit gebracht!

Mannheim. Die Arbeiter der Firma Bopp & Neuther waren in eine Lohnbewegung eingetreten, die nun beendet ist. In der Versammlung der Arbeiter der Fabrik, die sich mit den von der Firma gemachten Zugeständnissen beschäftigte, wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: Die Versammlung erklärt, daß sie mit den Bewilligungen und Verbesserungen der Firma Bopp & Neuther vorläufig einverstanden ist; sie hofft aber, daß die Firma ihre Versprechungen in loyaler Weise einlöst. Die Versammlung beauftragt es, daß, obwohl die gegenwärtige Lohnbewegung schon seit Wochen andauert und obwohl die Arbeiter bereits in Kündigung stehen, es dennoch eine sehr große Anzahl Kollegen noch nicht für nötig befunden haben, sich zu organisieren. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, unermüdet an Ausbau der Organisation zu arbeiten, um in späteren Fällen gerüstet dazustehen. — Die Zugeständnisse, die die Firma dem Arbeiterausschuß machte, lauten: 1. Die bestehenden Stundenlöhne sollen bis spätestens innerhalb drei Wochen einer Revision unterzogen werden und, wo es möglich, erhöht werden. 2. Bei Akkordarbeiten, wo es dem Arbeiter nicht geht, soll die Ordnungsgemäße Leistung mehr als den Tagelohn zu verdienen, sollen die Akkordpreise entsprechend erhöht werden. 3. Hat ein Arbeiter ohne sein Verschulden den Stundenlohn an einer Akkordarbeit nicht verdient, so wird letzterer ausbezahlt. 4. Bei den Meistern werden Akkordbücher aufgelegt, in welchen die Akkordpreise eingetragen sind. Akkordpreisänderungen sollen nur auf gegenseitige Vereinbarung stattfinden. 5. Bei Übergabe einer Arbeit soll ein Akkordzettel, auf welchem der Preis verzeichnet ist, eingehändigt werden. 6. Für auswärtiges Arbeiten, wo die tägliche Rückfahrt möglich ist, soll ein Zuschlag von 1,75 Mk., wo auswärtiges Übernachten nötig ist, ein solcher von 3,50 Mk. bezahlt werden. Die Fahrtzeit gilt als Arbeitszeit. 7. Bei Regelung vorstehender Punkte können bei Differenzfällen die betreffenden Arbeiterausschußmitglieder hinzugezogen werden. 8. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung finden nicht statt.

Weissen. Über die Einigung, die mit Biesolt & Lode erzielt wurde, ist in der Metallarbeiter-Zeitung noch nichts Genaueres bekannt gegeben worden, was nun nachgeholt wird. Bekanntlich bildeten die Differenzen bei dieser Firma den Ausgangspunkt des großen Kampfes in der Metallindustrie der Kreishauptmannschaft Dresden. Die streifenden Monteur der Firma Biesolt & Lode verlangten folgendes: 1. Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, 2. die Arbeiter in der Ausübung ihres gewöhnlich gewährleisteten Koalitionsrechtes außerhalb des Betriebs in keiner Weise zu behindern, und 3. die organisierten Arbeiter bei Zuteilung der Arbeit ebenso wie alle anderen zu behandeln. Der Einigungsvertrag lautet nun: Zu den aufgestellten Forderungen der streifenden Arbeiter der Firma Biesolt & Lode in Weissen erklärt die Kommission zu 1. Unter Anerkennung der Organisation verstehen die Streifenden, daß den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu derselben weder Vorhaltungen noch Schwierigkeiten gemacht werden. 2. Das gleiche gilt in bezug auf ihre Beteiligung für die Organisation außerhalb des Betriebs. 3. Bei Zuteilung der Arbeit soll jeder Arbeiter so behandelt werden, daß weder eine Bevorzugung, noch eine Benachteiligung eintritt, weil derselbe einer Organisation angehört oder nicht. 4. Bei Aufnahme der Arbeit kehren alle Arbeiter nach Möglichkeit an ihre bisherigen Arbeitsplätze zurück. Dies ist jedoch nur insoweit möglich, sobald die Vorarbeiten für den betreffenden Platz so weit gediehen sind, daß der betreffende Arbeiter wieder voll beschäftigt werden kann. Die Wiederanstellung erfolgt nach Bedarf unter der Maßgabe, daß fremde Arbeiter so lange nicht eingestellt werden, als noch vorher beschäftigte Arbeiter auf ihre Wiederanstellung reflektieren. Der Betriebsleiter ist von der Kommission ein Verzeichnis derjenigen Arbeiter bis Freitag den 27. Mai 1906, abends, einzutragen, die auf ihre Wiederanstellung reflektieren. Die Einstellungen beginnen mit dem Tage, an welchem der Verband der Metallindustriellen die Sperre aufhebt. Schluß: Hiermit sind beide Parteien einig und befähigt dies durch ihre rechtsverbindliche Unterschrift. Für die Firma: Biesolt & Lode, Meißner Nähmaschinenfabrik. H. Kirß, Direktor. Als Zeugen: Paul Sorge, Gustav Schöne. Für die Kommission: Heinrich Neumann, Alfred Fuchs, Franz Ströck. — Wie ein Vergleich des Einigungsvertrags mit den früheren Forderungen zeigt, haben die Arbeiter einen vollen Erfolg errungen.

Mülheim a. Rh., 22. Mai. (Die Spänen des wirtschaftlichen Kampfes an der Arbeit.) Eine Ausperrung von 42 Formern und Gießereiarbeitern bei der Eisgießerei von Theodor Mangen hier hat am letzten Samstag ihren Anfang genommen und zwar aus folgenden Gründen: Die Gießereiarbeiter der Firma hatten nach vorheriger Rücksprache mit Herrn Mangen die Feier des 1. Mai beschlossen. Am Abend vor dem 1. Mai hatte sich aber der Herr eines Besseren belehnen, er erklärte den Arbeitern: Wenn ihr am 1. Mai nicht arbeitet, werdet ihr 8 Tage lang ausgesperrt. — Um nun dem Herrn die Stimmung der Arbeiter klar vor Augen zu führen, wurde nochmals eine Abstimmung vorgenommen und in dieser die Meisterei mit 33 von 55 Stimmen nochmals beschlossen. Am 2. Mai wurden die Leute bis zum 10. Mai ausgesperrt. Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen, suchte die Firma den durch die Ausperrung entstandenen Arbeitsmangel dadurch wegzumachen, daß sie die Arbeiter zum Überschichtarbeiten zwingen wollte. Die Arbeiter lehnten dieses jedoch ab; sie wollten aber, wenn die Firma ein im vorigen Jahre gegebenes Versprechen, bei aufsteigender Konjunktur pro Schicht 25 Pf. Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, einlöste, Überstunden machen.

Die Arbeiter hatten der Firma früh genug ihre Stellung bekanntgegeben, trotzdem wurde im Laufe der vorigen Woche wiederum versucht, die Arbeiter nach Feierabend zum Gehen zu zwingen. Diese verließen jedoch die Arbeit, und so mußten denn die Meister und Prinzipale selbst das Eisen schleppen. Inzwischen waren zwei christlich organisierte Formner in dem Betrieb aufgenommen worden, und nun hielt man den geeigneten Zeitpunkt für gekommen: man wiederholte am letzten Freitag, den 18. Mai, die Aufforderung, nach Feierabend zu gehen. Die Leute gingen jedoch wiederum einmütig nach Hause. Am Samstag früh wurden die christlichen Kollegen von Herrn Mangen gefragt, warum sie, da sie doch christlich organisiert seien, nicht gearbeitet hätten. Der christliche Arbeitersekretär Schmitz von Köln würde in Laufe des Tages nach Mülheim kommen und die Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes auf ihre Pflichten gegenüber dem Arbeitgeber aufmerksam machen, überhaupt würde aber auch in der Wüste aufgeräumt werden. Am Samstag (19. Mai) abends wurden fünf Formner und zwei Hilfsarbeiter entlassen, die Christlichen, die ebenfalls am Ende der regelmäßigen Arbeitszeit mit herausgegangen waren, nicht. Am Montag wurden von uns die nötigen Schritte getan, um eine Verbständigung herbeizuführen. Mittags kam der Bescheid, daß Herr Mangen auf keine Vermittlung eingehen werde und daß alle unsere Verbandskollegen, falls sie nicht aus dem Verband austreten und sich dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband anschließen wollten, abends entlassen würden. Eine Lohn-erhöhung würde ebenfalls, wenn sie unkippen würden, zugesichert. Daraufhin sind die Leute sofort gegangen. Einige Nichtorganisierte mit eingerechnet sind es 42 Kollegen. Der Bezirksleiter Wallbrecht und unser hiesiger Geschäftsführer Marx versuchten in dreiviertelstündiger Unterredung mit Herrn Mangen eine Einigung herbeizuführen, wurden aber dahin beibehalten, daß es gleich sei, ob man jetzt oder später reine Bahn schaffe. Welche erbärmliche Rolle der christliche Metallarbeiter-Verband bei dieser Ausperrung spielt, sei kurz angedeutet. Sofort am Samstag wurde von uns dem hiesigen Bevollmächtigten des christlichen Metallarbeiter-Verbandes kurz mitgeteilt, daß Differenzen bei der Firma ausgebrochen, und daß von ihnen ebenfalls der Zugang ferngehalten werden möge. Darauf lief am 22. Mai folgendes charakteristische Schreiben bei uns ein: Herr Marx! Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 19. Mai teile Ihnen mit, daß Sie auf jeden Fall von der wahren Tatsache bei Mangen nicht unterrichtet sind. Ich hoffe, daß Sie sich von Ihren Leuten über den Fall aufklären lassen. Achtungsvoll P. Linte. Also die Leute, die vorläufig in der Sache zwar nicht beteiligt, aber von den Vorgängen in dem Betrieb doch etwas wußten, schreiben in dieser Weise. Es geht aus diesem Schreiben unzweifelhaft hervor, daß die christliche Organisation dem Herrn Mangen Hilfe zugesichert und ihn sogar höchstwahrscheinlich zu seinem Vorgehen verleitet hat. Mangen hat unseren Vertretern offen zugestanden, daß ihm Hilfe zur Seite stehe. Daß diese Hilfe von den christlichen Führern kommt, beweist wieder einmal, daß sie zu allen Schandtaten fähig sind. Am Dienstag vormittag kam der christliche Arbeitersekretär Schmitz von Köln mit neun Arbeitswilligen, Schloßern und Hilfsarbeitern, bei der Firma Mangen an. Soweit uns bekannt, sind diese Arbeiter, nachdem ihnen der wahre Sachverhalt klar gelegt worden war, vernünftig genug gewesen, die Arbeit nicht aufzunehmen.

Mülheim a. Rh. Das Organ des Herrn Pfef (Kulturamtonanten Stadt- und Landtagsabgeordneten) bringt in seiner Nr. 118 und 119, ebenso am gleichen Tage der Wächener Volksfreund einen: „Sozialdemokratische Verkommenheit“ überschriebenen Artikel, der sich mit den Vorformnissen bei der Firma Mangen beschäftigt. In diesem Artikel wird behauptet, daß das brutale Vorgehen der Firma gegen die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen darauf zurückzuführen sei, daß dieselben einen am 11. Mai dort eingetretenen christlich organisierten Formner drangsaliert und mit Knochen kaputtgeschlagen bedroht hätten. Die fortgesetzten Beschäftigungen und Verdrehungen, heißt es, veranlaßten den Arbeitgeber, sieben der Haupt-herben zu entlassen. Am Montag den 20. Mai nun wurde der christliche Arbeiter von den Genossen mit Füßen getreten und ins Gesicht geschlagen, daß ihm der Mund blutete. Ein anderer nicht sozialdemokratischer Arbeiter wurde ebenfalls schwer mißhandelt. Hierauf hat die Firma sämtliche dem sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband angehörigen Arbeiter entlassen.“ Aus diesem Schreiben spricht die ganze Jesuitenmoral der christlichen Gewerkschaftsführer. Wie wir bereits berichtet, ist der Grund der Ausperrung in der Meisterei und Verweigerung von Überschichten zu suchen. Schon am Mittwoch schrieb die Rheinische Volkszeitung, daß für die christlichen Metallarbeiter die Sperre nicht bestehe. (Seht christlich!) Über die angeblichen Mißhandlungen folgendes zur Klarstellung. Einige der sieben am Samstag entlassenen Kollegen standen am Montag Mittag in der Nähe des Betriebs auf der Straße, als der christliche Formner an ihnen vorbeigehen wollte. Er wurde von einem der Entlassenen, der gut mit ihm befreundet war (beide hatten am Samstag Abend zusammen verschiedene Wirtschaften besucht und waren auch in der Wohnung unseres Kollegen gewesen), aufgefordert, ein Glas Bier mitzutrinken. Der Christliche verweigerte dies, fing plötzlich ohne allen Grund an zu schimpfen und erhob die Hand zum schlagen, worauf unser Kollege zurücktrat und mit dem Fuße nach ihm trat. Es lag für unsere Kollegen keine Veranlassung vor, sich an dem Manne zu reiben, weil ja unsere Kollegen noch am Arbeiten waren. Zudem hatten ja unsere Leute dem Christlichen in jeder Weise im Betrieb zur Seite gestanden, weil er überhaupt nicht selbständig arbeiten kann. Es waren also, als dieser Vorgang sich abspielte, von der Organisation noch keine Schritte zur Wiedereinstellung der Kollegen oder sonstiges unternommen. Die ganze Sache hatte sich auf der Straße, außerhalb des Betriebs, zugegetragen. Es ist eine echt christliche Gemeinheit, diese kleine, von dem christlichen Arbeiter provozierte Anrempelung als schwere Mißhandlung zu schildern und als Grund für Ausperrung von 35, zum Teil viele Jahre im Betrieb beschäftigten Personen hinstellen. Der zweite Fall, der den nicht sozialdemokratischen Arbeiter betrifft, ist am selben Montag Abend passiert. Zwei junge Burchen der Qualität, die sich bei derartigen Anlässen stets einfinden, um für sich Kapital aus der Arbeiterbewegung zu schlagen, sind ohne Grund aus dem Betrieb gegangen und haben sich abends, nachdem sie zusammen geschaut, auf der Straße herumgelagert. Dabei ist der eine so unglücklich auf das Pflaster gefallen, daß er den rechten Arm brach. Das die Tatsachen. Obwohl dem christlichen Eigengehinde dies alles bekannt sein mußte, schreibt man aus christlichen Gewerkschaftstreifen das Gegenteil, um seine schmutzigen Handlungsweisen zu verdecken und seine Gegner zu beschimpfen und zu beleidigen. Die Taktik dieser christlichen Leutebelliger kennzeichnet sich treffend in dem Ausspruch des christlichen Arbeitersekretärs und Streubrecheragenten Schmitz von Köln, der unserem Geschäftsführer Marx rundweg erklärte: Wir (die Christlichen) wollen Ihnen beweisen, daß wir die Macht haben, euch alle Bewegungen kaputt zu machen.“ Dies hat er ja auch, wie bereits mitgeteilt, versucht, indem er neun arbeitswillige Schloßer und Hilfsarbeiter (freilich keine Formner, deren Mangen so dringend bedarf) in dem Betrieb unterbringen wollte, was ihm aber bis jetzt noch nicht gelungen ist.

Münsterberg. Der bayerische Metallindustriellen-Verband hat seinen Mitgliedern aufgetragen, daß sie Luwerte mit den Adressen der am 2. Juni für die Ausperrung reisen Arbeiter bereit halten sollen. — Die Direktion von Siemens-Schuckert hat bei den christlichen und Kirch-Dunderschen Führern angefragt, ob ihre Leute bei einer eventuellen Ausperrung arbeiten würden. Der „christliche“ Götze hat seine und seiner Genossen Bereitwilligkeit zum Weiterarbeiten sofort erklärt, der Kirch-Dundersche Dreiflein antwortete ausweichend, er sei in dieser Frage nicht kompetent. Man hat inzwischen der „kompetente“ Generalrat gesprochen, die Firse werden also wohl auch hier zum großen Teile ausfallen, parson: ihren „Mannesmut“ beweisen, indem sie sich den Unternehmern als Gewerksvereinter empfehlen.

Solingen. Der Kampf, den die Schlägereibesitzer des Kreises Solingen, angeleitet durch die Scharfmacher des Arbeitgeber-Verbandes, herbeigeführt haben, um den Metallarbeiter-Verband zu vernichten, hat die Unternehmer getroffen wie noch nie ein Kampf vorher. Es steht heute schon zweifelslos fest, daß dieser im tollen Übermut an-

gezeigte Kampf sich zu einer gewaltigen Blamage der Herren auswächst. Zunächst war es schon eine schwere Enttäuschung für sie, daß die Schlägereiarbeiter mit einer Zähigkeit ohne gleichen allen Beeinflussungen standhielten, daß die Habelgarde der Bier mit ihren Morsbach und Neuhaus (den Schutzheligen des hiesigen Unternehmertums) der öffentlichen Verachtung anheim fiel. Dazu kam, daß der Umsturz in den Reihen der alten Sozialvereine gerade durch diesen Kampf herbeigeführt und beschleunigt wurde. Schließlich wurden die gepreßten Mitglieder der Bier-Kompagnie ihrer Rolle überdrüssig, verweigerten die Bezahlung der Beiträge und die Herstellung der Streikarbeit. Aber noch immer spielten sich die Schlägereibesitzer als Herren der Situation auf. In unvergleichlicher Verblendung legte man der Bier-Kompagnie auch noch vorzeitig den Strick um den Hals, indem man in einem Protokoll festlegte, daß sie sich verpflichten sollte, Streikarbeit herzustellen. Wäre es dem Häuptling nach gegangen, dann wäre es dabei geblieben. Doch die Metallarbeiter bekamen Wind und dazu kam, daß das mit dieser gelben Gesellschaft geschaffene Preisverzeichnis ebenfalls nicht verwirklicht wurde. In vollem Bruffton renommierter man, der Zustand der Schläger müsse mit der bedingungslosen Ausnahme der Arbeit enden. Und wie ist alles anders geworden! Die lange Dauer des Kampfes hat die Arbeiter so erbittert, daß gar kein Gedanke mehr vorhanden ist, in die alten Verhältnisse hineinzugehen. In der Zeit des Kampfes entstanden neue Werte, die froh sind, gute Arbeitsträfte bekommen zu können. Nach der Übersicht, die uns zu Gebote steht, dürften keine 14 Tage vergehen, bis die letzten unserer Leute eingestellt sind. Die Herren haben es so gewollt, sie mögen ihre Rechnung unter sich beglichen. Eins ist aber entschieden notwendig. Die Arbeiter dürfen nie vergessen, mit welcher Brutalität sie von den Unternehmern aufs Pflaster geworfen wurden. Es wäre ein Konfessio sondergleichen, wenn einzelne unserer Kollegen, falls sie von den Schlägereibesitzern, die sie erst hinausgeworfen, Konzeptionen erhielten und deshalb zu ihnen zurückkehren würden. Das darf nicht geschehen! Das Ausperrungsstieber im Kreise Solingen muß gründlich ausgetrieben werden. Das ist möglich, wenn die Arbeiter an den neuen Stellen bleiben. Der Kampf auf Tod und Leben, den die Scharfmacher gegen uns inszeniert, kann nicht durch ein Vergessen von unserer Seite gut gemacht werden. Vergessen die Arbeiter ihre eigene Würde, so werden diese Herren gelegentlich von neuem einsehen und zu erreichen suchen, was zu erringen ihnen diesmal verlagst blieb. Hinter den Machinationen der Schlägereibesitzer steht die Firma Henckels, die von jeder Differenzen herbeiführte und dann im trüben fischte, die sich von anderen Leuten, die dummi genug sind, die Kastianen aus dem Feuer holen ließ. Sie allein von den Unternehmern steht durch den Kampf gestärkt da, haben Augenblick bereit, neue Zettelungen vorzunehmen, um den verhassten Metallarbeiter-Verband niederzuringen. Ihr muß unser besonderes Augenmerk zugewendet bleiben, es gilt, auch die Arbeiter dieser Firma für uns zu gewinnen. Die Firma Henckels ist es, die fast gewerbsmäßig gegen die Firma Hammesfahr die Gege betrieben hat, um dort Streiks herbeizuführen unter der Begründung, daß dort zu niedrige Löhne bezahlt würden, während sie selbst, mit Ausnahme für besondere Berufsarbeiter, die niedrigsten Löhne bezahlt hat. Frage man doch einmal dort die Schloßer, die Hilfsarbeiter, wie ihre Löhne stehen! Die Firma konnte während des Kampfes weiterarbeiten, dekretierte aber im Unternehmerlager die Unersöhnlichkeit. Die Unkosten bezahlen nun die Firmen Rauch und Gendrich, die auf die Leimrute der Henckelschen „Solidarität“ getroffen sind. Am Grünwald kann man jetzt triumphieren, weil man unbequeme Konkurrenten los geworden ist. Die deutschen Metallarbeiter weisen wir besonders darauf hin, daß Henckels den Verband und jede Agitation für ihn verbietet. Verächtlich ist das beim Einkauf von Solinger Stahlwaren! Charakteristisch ist der Umstand, daß ganze Arbeiterkategorien systematisch gezwungen sind, viele Überschichten zu machen, um zu einem annehmbaren Lohne zu gelangen. Es muß aber auch den Solinger Fabrikanten, soweit sie keine Schlägereibesitzer sind, in diesem Kampfe klar geworden sein, daß mit diesem Kampfe zweierlei erreicht werden sollte. Nicht den Arbeitern allein galt der Krieg, sondern den Unternehmern mit, die keine Monopolstellung einnehmen. Den großen Firmen Peres, Krusius u. f. w. wurde aus der Patzche geholfen. Die kleinen wurden sitzen gelassen. Nunmehr, wo die Entscheidung sich zugunsten der Metallarbeiter neigt, wo der Beweis offenkundig vorhanden ist, daß nur allein die kleineren Unternehmer getroffen worden sind, mögen sich die Herren bei dem Arbeitgeber-Verband und dessen Geschäftsführer bedanken, in dessen Gefolgschaft sie vom Regen unter die Traufe gekommen sind. Folgen sie weiter der Parole des Arbeitgeber-Verbandes, dann wird der nächste Kampf ihnen gewiß das nötige Verständnis beibringen.

Schloßer.

Schwerin i. M. Der Zugang von Schloßern ist wegen Lohn-differenzen streng fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

(21. bis 26. Mai.) Die Erwartung, daß der Reichstag am 26. Mai geschlossen werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen, weil am letzten Tage noch ein Sturrgesetz von Niederlagen über die Regierung heruntergeprallt ist. Mit der Beratung der Militär-pensionsgesetze hatte die Woche kühl und geschäftsmäßig begonnen. Die Parteien hatten sich verständigt, besondere Wünsche im Interesse des Zustandes des Gesetzes zurückzustellen. Die Schwirrigkeit des Stoffes, der ein tiefes und eindringliches Studium weitverbreiteter Verhältnisse erfordert, machte ohnehin große Debatten zur Unmöglichkeit. Auch die sozialdemokratische Partei verzichtete auf lange Ausführungen, räumte gegen das Offizierspensionsgesetz, aber für das Versorgungs-gesetz für die Unteroffiziere, weil in ihm nicht unwesentliche Verbesserungen enthalten sind.

Lebhafter und erregter gestalteten sich die Debatten, als am Tage vor Himmelfahrt die dritte Beratung des Etats endlich begann. Sie vor dem 1. Juni zum Abschluß zu bringen, war unter allen Umständen notwendig, weil an diesem Tage das zweimonatige Not-gesetz abläuft. Es war deshalb vorauszu-sehen, daß man sich auf allen Seiten des Hauses einer großen Kürze im Reden befleißigen würde. So ist es denn auch gekommen. Um so kräftiger hob sich aus den kurzen Bemerkungen eine Rede Bebel's hervor, der mit dem preussischen Gewaltstaat der Ausweitungspolitik eine fürchterliche Abrechnung hielt. Wieder mußte der Staatsminister Graf Posadowsky gegen die vernichtende Kritik an den Schelmen-rüden preussischer Polizeispione nichts anderes vorzubringen als einige verlegene Redensarten über mangelnde Kompetenz des Reichs-tags. Für feinere Ohren sagt ja das eigentlich genug; denn wenn etwas zu verteidigen gewesen wäre, so hätten die leisen Zwirnsfäden der Kompetenz den Minister ganz gewiß nicht gehindert, die Ver-teidigung zu beginnen. Aber er selbst war sich der üblen Lage, in der er sich befand, nur zu wohl bewußt, und weil er nicht rücksichtslos preisgeben durfte, was er als anständiger Mann aufs tiefste ver-achten muß, verhielt er sich eben so, wie er sich verhalten hat.

Noch während dieser dritten Beratung des Etats wurde dem Reichstag ein sogenannter zweiter Ergänzungsetat vorgelegt, der in der Hauptsache 16 Millionen Mehrforderungen für Südwestafrika enthielt. Es zeugt von einem ganz ungewöhnlichen Mangel an politischem Verständnis in der Regierung, besonders in der Kolonial-Abteilung, daß man in diesem Augenblick mit einer solchen Forderung hervorkam. Was konnte in aller Welt dem Zentrum lieber sein? Man vergegenwärtige sich einmal die Situation: eben hat das Zentrum seine Zustimmung zu einer Menge volksbelastender, schändlicher Steuern gegeben. Dadurch hat es der Agitation seiner Gegner im Lande Tür und Tor geöffnet. Was sollte es gegen diese Agitation

